

- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .

**Aktuelle Zeitschriftenliste**

**Rezensionsangebote**

Werte LeserInnen,

wie gründet man eine Firma? Am besten, man kauft ersteinmal ein Buch. ... und wie sich daraus eine 20jährige Erfolgsgeschichte entwickelt hat, das schildert Ihnen – nicht ganz humorlos – Herr. Dr. Röpenack (SOLON Buchservice) in Sachgruppe 29, die Sachgruppe, die für Musik, Theater und Literatur und angrenzende Themen reserviert ist.

Wer dagegen auf eine aktuelle Buchbesprechung aus ist, der wird in Sachgruppe 4 bedient: Herr Dr. Schwarz bespricht die soeben erschienene Übersetzung der POLNISCHEN WIRTSCHAFTSGESETZE.

 bietet wieder Diskussionsstoff – heute zu folgenden Themen:

- der Herr Sarrazin  
Sachgruppe 3
- die (Bundes-)Wehrpflicht  
Sachgruppe 3
- die Sicherungsverwahrung  
Sachgruppe 12
- das Bundesverfassungsgericht  
und der Mangold-Beschluss  
Sachgruppe 25

“Querverweise” – also solche Hinweise, die sich auf aktuell nachgewiesene Beiträge aus Zeitschriften ergeben, die anderen Sachgebieten zugeordnet sind, finden sich fortan in grauer Schrift gesetzt. Wer über die abgekürzten Quellen stolpert, findet im alphabetischen Anhang des aktuellen ZID die Lösung.

Das Kuselit-Team wünscht einen guten Tag!

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

Versorgungswerk  
der rheinland-pfälzischen  
Rechtsanwaltskammern

## Rechtsanwaltsversorgung in Rheinland-Pfalz

Köln 2010  
336 S., 49.00 €  
ISBN 978-3-472-07819-7

Die Altersversorgung der Rechtsanwälte in Rheinland-Pfalz bietet zum ersten Mal eine umfassende Satzungskommentierung. Es gibt zu der Satzung bisher lediglich Rechtsprechungsberichte, eine umfassende Satzungskommentierung eines berufsständischen Werks jedoch noch nicht.

Am 01.02.2010 besteht das Versorgungswerk der rheinland-pfälzischen Rechtsanwaltskammern 25 Jahre. In 25 Jahren waren viele Erfahrungen zu sammeln. Beide Verfasser haben das Versorgungswerk über diesen gesamten Zeitraum, auch schon zuvor bei dessen Gründung begleitet und bringen diese Erfahrungen in den Kommentar ein. Diese betreffen die personelle wie wirtschaftliche Entwicklung des Werks ebenso wie dessen Verfassung, nämlich die Satzung: Aus der Praxis, durch die Rechtsprechung wie den Gesetzgeber hat sie manche Änderung erfahren. Das haben die Verfasser dieses Werkes zum besseren Verständnis aller Beteiligten festgehalten.

Diese Wiedergabe soll zugleich ein Geschenk an das Versorgungswerk sein; sie soll den Mitgliedern die rechtliche Grundlage ihrer berufsständischen Versorgung näher bringen, rechtliche Probleme wie die geschichtliche Entwicklung erklären und notfalls das Rüstzeug an die Hand geben, wenn ein Mitglied sich rechtlich mit dem Versorgungswerk auseinandersetzen muss: Solche Auseinandersetzungen hat es im ersten Vierteljahrhundert viel hundertfach gegeben – manche Zweifelsfrage im Interesse der Mitglieder oder des Versorgungswerks geklärt: Das soll ebenso wiedergegeben werden wie

die juristische Antwort auf entsprechende Probleme in anderen berufsständischen Versorgungswerken.

[www.wolterskluwer.de](http://www.wolterskluwer.de)

BayerischerAnwaltVerband (Hrsg.)

## Der Marketingleitfaden für Rechtsanwälte

3. Aufl., Bonn 2010  
104 S., 23.90 €  
Erscheinungstermin: September 2010  
ISBN 978-3-8240-8036-6

Der „Marketingleitfaden für Rechtsanwälte“ ist eine vom Bayerischen Anwaltverband erstellte Anleitung zum Kanzleimarketing.

Auf rund 100 Seiten führt Sie der Marketingleitfaden mit Erklärungen, Anleitungen, Fragestellungen, aktuellen Statistiken und Aufgaben zu Ihrer Kanzlei durch die wichtigsten Punkte eines auf Ihre Kanzlei zugeschnittenen Marketingkonzepts.

Zu den Hauptthemen gehören

- die Analyse Ihrer aktuellen Kanzleisituation,
- die Definition Ihrer Kanzleiziele und die daraus resultierenden Marketingmaßnahmen.

Außerdem erhalten Sie im Marketingleitfaden Informationen zu den wichtigsten Marketing- und Werbemaßnahmen - von klassischen Werbeanzeigen, über Kanzleibroschüren hin zu Social Media Marketing.

Zusätzlich bekommen Sie Hilfestellungen zur Zeit- und Budgetplanung und erfahren, wie Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen kontrollieren können. Im Anhang finden Sie Muster wie Fragenbögen zur Mandantenbefragung und vielem mehr.

[www.anwaltverlag.de](http://www.anwaltverlag.de)

LG Heidelberg  
Geltendmachung  
von Rechtsanwalts honorar  
als Verzugsschaden  
U. v. 15.12.2009 - 2 S 33/09 -  
NJW-RR 15/2010, 1015-1016

Norbert **Schneider**  
Die Wertfestsetzung  
in einfachen Beschwerdeverfahren  
NJW-Spezial 17/2010, 541-542

AnwGH Celle  
Mindergewichtung einzelner Fälle  
von Fachanwaltsanwärtern  
B. v. 18.01.2010 - AGH 18/09 -  
(mit Anm.)  
NJW-Spezial 17/2010, 542

BGH  
Berufshaftpflichtversicherung  
auch bei Kanzlei im Ausland  
B. v. 10.05.2010 - AnwZ (B) 30/09 -  
(mit Anm.)  
NJW-Spezial 17/2010, 543

VGH München  
Rechtsanwaltsgebühr  
bei Diagonalverweisung  
B. v. 04.02.2010 - 8 C 09.2276 -  
NVwZ-RR 16/2010, 663

VGH München  
Sachverständigenkosten  
des beigeladenen Vorhabensträgers  
B. v. 28.01.2010 - 8 M 09.40063 -  
NVwZ-RR 16/2010, 663-664

OLG München  
Anrechnung von Vorschüssen  
auf die Pflichtverteidigervergütung  
B. v. 24.03.2010 - 4 Ws 34/10 -  
mit Anmerkung: Detlef **Burhoff**  
StRR 8/2010, 319-320

LG Kiel  
Gebühr für Termin  
im Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren  
B. v. 28.01.2010 - 36 Qs 9/10 -  
mit Anmerkung: Detlef **Burhoff**  
StRR 8/2010, 320

## 2. Recht Allgemein

Manuela Schäfer

### Die Verträge zur Durchführung des Schiedsverfahrens

Analyse und Vergleich zweier Lösungsmodelle am Beispiel des deutschen und US-amerikanischen Rechtsraums

Saarbrücker Studien zum Privat- und Wirtschaftsrecht, Bd. 64

Frankfurt am Main 2010  
923 S., 135,00 €  
ISBN 978-3-631-59834-4

Deutschland als schiedsgerichtliches Entwicklungsland? Das Common Law sieht in den vertragsrechtlichen Bestrebungen die Ursache eines Mangels an Parteienautonomie und -schutz. Die USA werden als gegensätzlicher Pol hervorgehoben. Die Analyse der Schiedsverträge beweist: Der deutsche Gesetzgeber hat die vertragliche Grundlage für ein Schiedssystem geschaffen, welches verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen und gerichtlicher Kontrolle unterliegt. Es ist in die Gerichtsbarkeit eingebettet und wird durch die Schiedsvereinbarung als private Gerichtsstandsvereinbarung initiiert. Die USA vertrauen auf die Selbstregulierung des Verfahrens und lassen Kontrollmechanismen, beginnend mit den Anforderungen an die Schiedsvereinbarung, zur Makulatur verkommen. Diese leitet als staatliche Gerichtsstandsvereinbarung ein Verfahren ein, das vom öffentlichen Recht kooptiert worden ist, jedoch ohne adäquaten Schutz.

Aus dem Inhalt:

- Die Vertragsfreiheit im zivilprozessualen Bereich in Civil und Common Law
- Überblick über die Schiedsgerichtssysteme und ihre historische Entwicklung am Beispiel Deutschlands und der USA
- Das Schiedsvertragswesen in Deutschland und den USA: Schiedsvereinbarung und Arbitration Agreement

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

### JuS-Abo-VORTEILE

Als Abonnent(in) der JuS haben Sie einen kostenfreien Zugang zum beck-online-Modul JusDirekt

Das beinhaltet:

- die komplette JuS im Volltext ab dem Jahrgang 2000
- alle Beilagen ab 2000 im Volltext
- die examensrelevante Rechtsprechung im Volltext mit über 16.000 in den führenden Lehrbüchern von C.H. Beck zitierten Entscheidungen
- die examensrelevanten Gesetzestexte (umfassende Gesetzessammlung mit prüfungsrelevantem Bundes-, Landes- und Europarecht)
- die Möglichkeit der Recherche in der gesamten Datenbank von beck-online

Alles auf dem neuesten Stand und 24 Stunden täglich verfügbar - kostenfrei!

Anmeldung unter

[www.JuS.de](http://www.JuS.de)

Andreas Steiner | Fredi Bruni  
Albert Fässler

### Ein Fall für Sie Eine Einführung in die Rechtskunde Grundlagen und Aufgaben

7. Aufl., Oberentfelden 2010  
312 S., 42.70 €  
ISBN 978-3-03-450295-5

[www.dike.ch](http://www.dike.ch)

### Ziele an den Mann bringen

Mit souveräner Kommunikation lassen sich viele Ziele leichter erreichen. Die ewig gleichen Konflikte kommen oftmals gar nicht erst auf oder werden schneller gelöst.

[www.dashoefer.de](http://www.dashoefer.de)

ÖSTERREICH

Heinz Barta

### Analyse und Fortentwicklung im Arbeits-, Sozial- und Zivilrecht

Festschrift für Martin Binder

Wien 2010  
900 S., 124.50 €  
ISBN 978-3-7073-1477-9

Die Widmung einer Festschrift entspricht einer bewährten akademischen Tradition. Auf diesem Wege soll Herrn Univ.-Prof. Dr. Binder die Anerkennung und Wertschätzung seiner Mitarbeiter und Kollegen zum Ausdruck gebracht werden. Für eine Beteiligung an der Festschrift „Martin Binder“ konnten über 50 namhafte Autoren aus Österreich und sogar über die Grenzen hinaus gewonnen werden. Die Themenbereiche, die in der Festschrift behandelt werden, betreffen aktuellste Entwicklungen des Arbeits-, Sozial- und Zivilrechtes. Des Weiteren wurden auch einige Beiträge zum Gesellschafts- und Europarecht verfasst. Diese ein großes Themenfeld umfassende Beiträge gewähren dem Leser einen Eindruck, in welchem weitem Spektrum Prof. Binder beschäftigt bzw. engagiert war und ist.

[www.lindeverlag.at](http://www.lindeverlag.at)

### Rhetorik in der Business-Welt

Rhetorik ist die Basis, um bei entscheidenden Verhandlungen im Berufsleben erfolgreich zu agieren. Souveränes Auftreten und ein geschickter Einsatz von Sprache gehören heute zum Pflicht-Repertoire der Berufstätigen dazu. Lernen Sie mit dem Hörbuch, wie Sie Schritt für Schritt die Basis-Werkzeuge moderner Rhetorik trainieren können. Sprechen ohne Lampenfieber ist das Ziel

[www.dashoefer.de](http://www.dashoefer.de)

## 3. Staats- und Verfassungsrecht

Thomas Simon (Hrsg.)

### Hundert Jahre allgemeines und gleiches Wahlrecht in Österreich

Modernes Wahlrecht  
unter den Bedingungen  
eines Vielvölkerstaates

Rechtshistorische Reihe, Bd. 400

Frankfurt am Main 2010  
353 S., 61.80 €  
ISBN 978-3-631-57250-4

Vor hundert Jahren wurde in der Österreich-Ungarischen Monarchie das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht zum Abgeordnetenhaus des Reichsrates eingeführt. Das Buch behandelt zunächst die politischen Diskussionen, die der Wahlrechtsreform von 1907 vorausgingen: Wie und in welchen Zusammenhängen wurde die Frage eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts im Vorfeld der Reform diskutiert und welche Standpunkte wurden dabei in den einzelnen politischen Lagern eingenommen? Wie schlug sich in den Wahlrechtsdebatten das Nationalitätenproblem nieder? Sodann geht es um die Wahlpraxis und die politischen Folgen der Wahlrechtsreform: Inwieweit hat sich nach der Einführung des neuen Wahlrechts die Zusammensetzung des Parlaments und der Typus des Parlamentariers verändert? Welche Konsequenzen hatte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Struktur der Parteienlandschaft? Um in dieser Hinsicht die Spezifika der Entwicklung in Österreich deutlich erkennen zu können, werden die Beiträge dieses Bandes eingeleitet mit einem Überblick zur Entwicklung des Wahlrechts in Europa.

Aus dem Inhalt

Birgitta **Bader-Zaar**

Die «grande affaire» - Wahlrechtsreformen in Europa und Nordamerika im «langen» 19. Jahrhundert

Gerhard **Strejcek**

Zur Entwicklung der Wahlgrundsätze und der Wahlprüfung. Ein Beitrag zur Analyse der Beck'schen Wahlreform anlässlich der Hundertjahrfeier

Franz **Adlgasser**

Neue Gesichter oder alte Bekannte? Das Abgeordnetenhaus im Spiegel der Wahlrechtsreformen

Günther **Schefbeck**

Die Gewählten. Auf dem Weg zu einer Kollektivbiographie der österreichischen Parlamentsmitglieder

Lothar **Höbelt**

Die Wechselwirkung von Wahlrecht und Parteistruktur

Ilse **Reiter**

«Das Wahlrecht gebt uns frei!» Der Kampf der Sozialdemokratie für das allgemeine und gleiche Reichsratswahlrecht

Lubos **Velek**

Die Idee des allgemeinen Wahlrechts im politischen Lager der tschechischen Liberalen 1861-1914

Jirí **Malír**

Mähren und die Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (1848-1907)

István **Szabó**

Das ungarische Wahlrecht am Anfang des 20. Jahrhunderts

Johannes **Kalwoda**

Staatliche Einflussnahme bei Reichsratswahlen in Dalmatien vor wie nach der Wahlrechtsreform von 1907 und das politische Umfeld aus Statthaltereisicht

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

Herbert **Bethge**

Tagungsbericht  
Staatsrechtslehre als Wissenschaft.  
Universität Würzburg, 02.-03.03.2007  
zugleich Rezension:  
Helmuth Schulze-Fielitz (Hrsg.),  
Staatsrechtslehre als Wissenschaft.  
Verw. 3/2010, 429-447

Alexander **Schmidt**

Terrorabwehr  
durch das Bundeskriminalamt.  
Anmerkungen zu einem Funktionswandel  
KJ 3/2010, 307-318

Friedrich **Schoch**

Informationszugangsfreiheit des Einzelnen und Informationsverhalten des Staates  
AfP 4/2010, 313-324

Christoph **Degenhart**

Der Staat im freiheitlichen Kommunikationsprozess: Funktionsträgerschaft, Funktionsschutz und Funktionsbegrenzung  
AfP 4/2010, 324-331

Martin W. **Huff**

Informationspflichten  
und Informationsverhalten der Justiz  
AfP 4/2010, 332-336

**Legal Tribune** ONLINE  
Job. Wissen. Leben.

**Thilo Sarrazin und die SPD**

**Hohe Hürden für den Parteiausschluss**

Die SPD möchte das Problem Sarrazin loswerden. Doch stellt sich dieses Vorhaben als schwierig heraus, denn den Genossen stehen zahlreiche rechtliche Hürden im Weg. Sebastian Roßner über den Ablauf des Parteiausschlussverfahrens und die Erfolgsaussichten im Fall Sarrazin.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1353/Thilo-Sarrazin-und-die-SPD-hohe-huerden-fuer-parteiausschluss/>

**Aussetzung der Wehrpflicht**

**Vorgaben des Verfassungsgerichts bleiben gewahrt**

Der Sparzwang stand am Anfang. Doch immer mehr kristallisierte sich heraus, dass es Verteidigungsminister Guttenberg bei der Aussetzung der Wehrpflicht gar nicht um die Haushaltslage geht. Er will viel mehr die Bundeswehr den Erfordernissen der weltpolitischen Sicherheitslage anpassen. Norbert Diel sieht darin den richtigen Weg - und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gewahrt.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1360/Vorgaben-des-Bundesverfassungsgerichts-bleiben-gewahrt/>

## 4. Gesetze und Verordnungen

### Rezension

#### Polnische Wirtschaftsgesetze

Aktuelle Gesetzestexte in deutscher Übersetzung

8. Aufl., München / Warszawa 2010

696 S., 78,- €

ISBN 978-3-406-59825-8

Bewertung: Zuverlässiger Überblick über die wichtigsten polnischen Wirtschaftsgesetze

Inhalt: Deutsche Übersetzung der wichtigsten polnischen Wirtschaftsgesetze: ZGB, GbHypG, VGKaufG, HGG, LgRegG, GFW, UWG, ArbGB.

Zielgruppe: Rechtsanwälte, Wissenschaftler insbesondere der Rechtsvergleichung, und Verwaltungsjuristen mit grenzüberschreitenden Ambitionen, deutsch-polnische Jurastudenten

Was kann man lernen?: Neben dem Inhalt der genannten Gesetze auch die polnische Verwendung von Artikeln statt der im Deutschen üblichen §§ sowie wiederum der §§ anstelle von (deutschen) Absätzen.

Herausgeber: C.H. Beck / Warszawa

### Kooperation statt Konkurrenz<sup>1</sup>

Ein freier Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU verlangt die Beseitigung jeder Diskriminierung gegenüber einem Dienstleistenden auf Grund seiner Staatsangehörigkeit oder des Umstands, dass er in einem anderen als dem Mitgliedstaat niedergelassen ist, in dem die Dienstleistung zu erbringen ist. Obwohl das von niemandem in Zweifel gezogen wird, haben doch die Mitgliedstaaten der EU ständig versucht, ihre eigenen Märkte gegen die ausländische Konkurrenz abzuschotten, bis Europäisches Parlament und Rat – so ziemlich am Ende ihrer Geduld – schließlich die Dienstleistungsrichtlinie<sup>2</sup> verabschiedeten, die bis Ende 2009 umzusetzen war. Dabei ist den Mitgliedstaaten offensichtlich noch immer nicht klar, dass die Dienstleistungsrichtlinie eigentlich nur das konkretisiert, was im Wesentlichen ohnehin gilt.

Offensichtlich glaubten die Mitgliedstaaten, sich hinreichend durch zahlreiche und teilweise verklausulierte Ausnahmen geschützt zu haben, z.B. indem fast alle wesentlichen Politikbereiche den sog. „zwingenden Gründe des Allgemeininteresses“ zugeschlagen wurden, angefangen mit der öffentlichen Ordnung, über die Verhütung von unlauterem Wettbewerb bis hin zur Veterinärpolitik<sup>3</sup>. Bereits während der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie stellte sich jedoch heraus, dass es mit der Beibehaltung und Anwendung eigener nationaler Vorschriften, die im Hinblick auf die sog. „zwingenden Gründe des Allgemeininteresses“ gerechtfertigt zu sein scheinen, nicht weit her ist. Denn diese können nämlich nur greifen, wenn sie erstens nicht-diskriminierend sind.

Sie dürfen also zum mindesten keine Anforderungen der folgenden Art enthalten:

- (1) Mengenmäßige oder territoriale Beschränkungen
- (2) Wahl der Rechtsform
- (3) Beteiligungen am Gesellschaftsvermögen
- (4) Vorbehalt für bestimmte Dienstleistungserbringer
- (5) Verbot mehrerer Niederlassungen
- (6) Mindestbeschäftigtenzahl
- (7) Mindest- oder Höchstpreise
- (8) Verpflichtung zu anderen Dienstleistungen.

Zweitens sind sie aber auch nur dann wirksam, wenn sie

- a. zur Verwirklichung des mit ihnen verfolgten Ziels geeignet sind und
- b. auch nicht durch andere weniger einschneidende Maßnahmen ersetzt werden können, die zum selben Ergebnis führen (Übermaßverbot).

Man sieht, jetzt wird es ernst mit dem (nahezu) unbeschränkten grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr, zumal das Vertragsstrafverfahren neu geregelt wurde und jetzt die Vertragsstrafe bereits ab dem Zeitpunkt des Ablaufs der Umsetzungsfrist verhängt werden kann.

Dabei wird durchaus nicht verkannt, dass entgegen dem neoliberalen Glauben der Markt eben nicht alles von alleine regelt<sup>4</sup>, dass ökonomische Strukturen vor Ort schützenswert sein können, dass ruinöser

Wettbewerb vermieden werden muss und grenzüberschreitender Austausch von Ideen, Technologie, Informationen, Kultur, Geld und Gütern nur mit dem Ziel zugelassen werden sollten, die Kooperation für das Beste, nicht aber die Konkurrenz um das Billigste zu fördern<sup>5</sup>.

Es ist daher weitaus vernünftiger, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu fördern, anstatt zu torpedieren und das gilt insbesondere für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.<sup>6</sup> Zwar wurde Deutschland noch im Januar 2010 wegen Verstoßes gegen das Gemeinschaftsrecht verurteilt, weil es die Möglichkeit, mit polnischen Unternehmen Verträge über die Ausführung von Arbeiten auf deutschem Gebiet abzuschließen, auf deutsche Unternehmen beschränkt hatte.<sup>7</sup>

Aber die Bemühungen um einen gleichberechtigten Austausch zwischen beiden Ländern sind unverkennbar. Dazu gehören z.B.

- Veröffentlichungen wie z.B. das beim Beck-Verlag 2009 bereits in 2. Auflage erschienene Buch „Polen“ von Thomas Urban in der von Helmut Schmidt und Richard Freiherr von Weizsäcker herausgegebenen Reihe „Die Deutschen und ihre Nachbarn“,<sup>8</sup>
- Aktivitäten der Deutsch-Polnischen Juristen-Vereinigung e.V., Berlin (DPJV), die zusammen mit der Universität Osnabrück (European Legal Studies Institute)<sup>9</sup> und zahlreichen Partnern aus Polen die Deutsch-Polnische Juristentagung 2010 vom 9. – 11. September zu dem Thema

## 4. Gesetze und Verordnungen

„Deutschland und Polen in der Europäischen Rechtsgemeinschaft“, veranstaltet, und nicht zuletzt

- das Verlagsprogramm des Beck-Verlags<sup>10</sup> mit Werken wie dem hier vorgestellten: „Polnische Wirtschaftsgesetze. Aktuelle Gesetzestexte in deutscher Übersetzung“.

Diese Textsammlung stammt aus dem Werk „Handbuch Wirtschaft und Recht in Osteuropa“ des Verlags C.H. Beck, München. Sie enthält die deutschen Übersetzungen folgender polnischer Vorschriften mit Stand vom 31. Juli 2009:

1. Kodeks cywilny (Zivilgesetzbuch - ZGB)
2. Ustawa o księgach wieczystych i hipotece (Gesetz über Grundbücher und Hypothek - GbHypG)
3. Ustawa o szczególnych warunkach sprzedaży konsumenckiej (Gesetz über die besonderen Bedingungen für den Verbrauchsgüterkauf - VGKaufG)
4. Kodeks spółek handlowych (Gesetzbuch über die Handelsgesellschaften - HGG)
5. Ustawa o Krajowym Rejestrze Sądowym (Gesetz über das Landes-Gerichtsregister - LgRegG)
6. Ustawa o swobodzie działalności gospodarczej (Gesetz über die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit - GFW)
7. Ustawa o zwalczaniu nieuczciwej konkurencji (Gesetz über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs - UWG)
8. Kodeks pracy (Arbeitsgesetzbuch - ArbGB)

Natürlich wäre es besser, wenn die Textsammlung zweisprachig vorliegen könnte, in einer Art Synopse, die einen direkten Vergleich zwischen polnischem Ursprungstext und deutscher Übersetzung bietet, wie das z.B. bei der zweisprachigen Ausgabe von Kebekus/Sabel/Schlegel, Cross Border Insolvencies,<sup>11</sup> der Fall ist. In der jetzigen Form beschränkt sich bilinguale Synopse leider auf den

Titel, die Verlagsangaben und das Inhaltsverzeichnis, z.B. „Polnische Wirtschaftsgesetze = Polskie ustawy gospodarcze“, und „Aktuelle Gesetzestexte in deutscher Übersetzung = Teksty jednolite w tłumaczeniu niemieckim“.

Zusätzlich sollte eine gedrängte (zweisprachige) Zusammenfassung der Gesetzestexte mit den wesentlichen Besonderheiten und Anmerkungen zur deutsch-polnischen Relevanz aufgenommen werden, wie z.B. in den Ergänzungsbänden zu den Textsammlungen der Landesgesetze (auch Sartorius III) des Beck Verlags. In diesem Zusammenhang würden dann sicher auch z.B. Arbeitsrecht und Entsenderichtlinie<sup>12</sup>, die besonders Deutschland und Polen Schwierigkeiten bereiten, Erwähnung finden. Man befürchtet wohl zu Recht, dass die Dienstleistungsrichtlinie Arbeitnehmerrechte gefährdet.<sup>13</sup> Und erst Anfang Juni diesen Jahres hat sich der Bundesrat für eine soziale Revision der Entsenderichtlinie ausgesprochen.<sup>14</sup> Eigentlich ist es erstaunlich, dass der Bundesregierung statt unverbindlicher Schätzungen (etwa 217.000 nach Deutschland entsandter Arbeitnehmer für 2007) keine verlässlichen Zahlen aus diesem Bereich vorliegen.<sup>15</sup>

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

1 Die folgenden Internetfundstellen wurden am 24.8.2010 abgerufen.

2 Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Amtsblatt der Europäischen Union, L 376/36, vom 27.12.2006, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32006L0123:DE:HTML>.

3 Eine Zusammenstellung findet sich in Erwägungsgrund 40 der Dienstleistungsrichtlinie.

4 Siehe dazu die Kuselit-Rezension zu Herder-Dorneich, Philipp, Globales Denken. Die Produktion von Rationalität und von Sinn im Zeitalter der Globalisierung. BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag 2008, <http://www.kuselit.de/rezension/15261/Globales-Denken.html> und Kuselit-ZID, Ausgabe 0/2009, S.37-38, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/200900.pdf>.

5 So Mahnkopf, Birgit, Machtwechsel der Ideen. Für die Entzauberung des neoliberalen Glaubens, Blätter für deutsche und internationale Politik (Blätter) 5/2010, 65 ff, 70.

6 Zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, Stand 07.07.2010, siehe die Webseite der deutschen Botschaft in Warschau: [http://www.warschau.diplo.de/Vertretung/warschau/de/05/bilaterale\\_20Wi-Bez/Wirtschaftsbeziehungen-Seite.html](http://www.warschau.diplo.de/Vertretung/warschau/de/05/bilaterale_20Wi-Bez/Wirtschaftsbeziehungen-Seite.html).

7 EuGH, Urt. v. 21. 1. 2010 – C-546/07) Pressemitteilung des EuGH Nr. 7 v. 21. 1. 2010, <http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?docid=296874&docClass=NEWS&site=NJW&from=njw.root>.

8 <http://www.chbeck.de/productview.aspx?product=24597&toc=3646>.

9 [http://www.elsi.uni-osnabrueck.de/1369\\_DEU\\_Barrierefrei.htm](http://www.elsi.uni-osnabrueck.de/1369_DEU_Barrierefrei.htm).

10 Zur Wydawnictwo C.H. Beck sp. z o.o., ul. Bonifraterska 17 (budynek North Gate), 00-203 Warszawa, siehe <http://www.beck.pl/>.

11 Siehe die Kuselit-Rezension unter <http://www.kuselit.de/rezension/14967/Cross-Border-Insolvencies%3A-Germany.html>.

12 Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996L0071:DE:HTML>.

13 Böcklerimpuls 18/2009, S. 7, EU-DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE. Arbeitnehmerrechte gefährdet, [http://www.boeckler.de/pdf/impuls\\_2009\\_18\\_7.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2009_18_7.pdf).

14 BR Drucksache 412/10 vom 02.07.2010, [http://www.bundesrat.de/cln\\_171/SharedDocs/Drucksachen/2010/0401-500/412-10,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/412-10.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_171/SharedDocs/Drucksachen/2010/0401-500/412-10,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/412-10.pdf).

15 Gemäß einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, Bundestags-Drucksache 17/728 vom 16.02.2010, <http://www.dienstleiten-leicht-gemacht.de/DLR/Redaktion/PDF/antwort-auf-kleine-anfrage-zur-umsetzung-der-dienstleistungsrichtlinie,property=pdf,bereich=dlr,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Heinrich Amadeus Wolff | Sabina Gielzak  
Die Einführung des elektronischen Gesetz- und Verordnungsblattes in Brandenburg  
LKV 8/2010, 353-357

## 5. Landesrecht | Kommunalrecht

**BADEN-WÜRTTEMBERG**

Christian Coulin | Lothar Altvater

### Landespersonalvertretungsgesetz Baden-Württemberg

Basiskommentar mit Wahlordnung  
und ergänzenden Vorschriften

Frankfurt am Main 2010  
750 S., 39.00 €  
ISBN 978-3-7663-3981-2

Zeitnah zu den Personalratswahlen 2010: Der Basiskommentar erläutert die Vorschriften des Personalvertretungsgesetzes für das Land Baden-Württemberg in seiner aktuellen Fassung. Die Neuauflage berücksichtigt sämtliche seit der Erstauflage im Jahr 2005 in Kraft getretenen Änderungen des Gesetzes. Die Rechtsprechung, insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts sowie des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, ist bis Dezember 2009 umfassend eingearbeitet.

Verständlich geschrieben, ist der Kommentar ein praktischer Ratgeber vor allem für Personalratsmitglieder und Jugend- und Auszubildendenvertreter: Mit seiner Hilfe können sie ihre bestehenden Rechte erkennen und für eine erfolgreiche Interessenvertretung der Beschäftigten nutzen. Aber auch für die Leitungen und Personalabteilungen der Dienststellen des Landes und der Kommunen ist der Basiskommentar eine informative Arbeitshilfe. Er ermöglicht eine schnelle und zuverlässige Orientierung über das Personalvertretungsrecht in Baden-Württemberg und geht über eine praktische Handreichung hinaus.

Der Anhang enthält Erläuterungen der unmittelbar für die Länder geltenden Vorschriften des Bundespersonalvertretungsgesetzes sowie den Text der Wahlordnung und weitere ergänzende Vorschriften.

[www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

**THÜRINGEN**

Klaus Rischar

### Personalvertretungsgesetz Thüringen

Wiesbaden 2010  
200 S., 30.00 €  
ISBN 978-3-8293-0917-2

Das Landespersonalvertretungsgesetz ist die Grundlage für die Beteiligung der Beschäftigten der Landes- und Kommunalverwaltungen an Entscheidungen ihrer Dienststellen in personalvertretungsrechtlichen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten. Mit dem neuen Kommentar "Personalvertretungsgesetz Thüringen" wird dem Bedürfnis der Praxis nach einer aktuellen, kompakten und verständlichen Arbeitshilfe Rechnung getragen. Die Vorschriften werden – soweit sie nicht aus dem Gesetzestext allein verständlich sind – knapp und präzise erläutert. Dabei wertet der Autor in umfassender, auf neuestem Stand stehender Weise die Rechtsprechung so gründlich aus, dass die Betriebsparteien rasche und zutreffende Entscheidungen im jeweiligen konkreten Streitfall treffen können.

Aus praktischen Erwägungen sind der Kommentierung der Gesetzestext und die Wahlordnung im Zusammenhang vorangestellt. Ein übersichtlich gegliedertes Inhaltsverzeichnis, Abkürzungsverzeichnis, Stichwortverzeichnis sowie Literaturhinweise führen den Benutzer zielsicher zu den gesuchten Informationen. Der Kommentar ist ein kompetenter und zuverlässiger Praxis-Ratgeber für alle, die in der Öffentlichen Verwaltung an Personal- und Organisationsentscheidungen beteiligt sind. Insbesondere sind dies Personalrätinnen und Personalräte, Jugend-, Auszubildenden-, Schwerbehindertenvertretungen, Dienststellenleiter, Personal- und Hauptamtsleiter, Führungskräfte der Fachämter und -abteilungen, Bildungseinrichtungen, Gerichte und Rechtsanwälte.

[www.kommunalpraxis.de](http://www.kommunalpraxis.de)

**SCHLESWIG-HOLSTEIN**

Klaus D. Dehn

### Grundlagen des Kommunalverfassungsrechts in Schleswig-Holstein

Grundriss für die Aus- und Fortbildung

10. Aufl., Stuttgart 2010  
170 S., 25.00 €  
ISBN 978-3-555-01490-6

Der Grundriss informiert kurz und - dank zahlreicher Schaubilder, schematischer Darstellungen und Beispiele - anschaulich und übersichtlich über Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Selbstverwaltung.

Der vorliegende Band berücksichtigt die geänderte Kreisordnung und die neue Durchführungsverordnung zu den Kommunalverfassungsgesetzen.

Klaus-Dieter Dehn ist Kommunalberater und freier Dozent. Er war zuvor im Innenministerium sowie als Stellvertretender Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages tätig

[www.kohlhammer.de](http://www.kohlhammer.de)

OVG Saarlouis  
Nicht öffentliche Sitzung  
eines Gemeindeparlaments  
zu einem Tagesordnungspunkt  
B. v. 21.04.2010 - 3 B 123/10 - (LS)  
NVwZ-RR 15/2010, 621

BVerwG  
Interkommunales Abstimmungsgebot  
bei Erweiterung  
eines Hersteller-Direktverkaufszentrums  
B. v. 14.04.2010 - 4 B 78/09 - ()  
NVwZ 16/2010, 1026-1034

Sebastian **Kocks** | Marcel **Senft**  
Neues Medienrecht für NRW  
Überblick über Novelle von LMG  
und WDR-Gesetz  
AfP 4/2010, 336-340

## 6. Verwaltungsrecht

Hans Büchner | Gernot Joerger  
Martin Trockels | Ute Vondung

### Übungen zum Verwaltungsrecht und zur Bescheidtechnik

Ein Übungsbuch zur Methodik  
der Fallbearbeitung

5. Aufl., Stuttgart 2010  
300 S., 28.00 €  
Erscheinungstermin: September 2010  
ISBN 978-3-17-021478-1

Zur Lösung verwaltungsrechtlicher Fälle werden im ersten Teil verständlich Technik und erforderliche Arbeitsschritte vom Erfassen des Sachverhalts über die Abfassung eines Gutachtens bis zur Umsetzung in einem Bescheid erläutert. Es wird das erforderliche Wissen zum Allgemeinen Verwaltungsrecht vermittelt, unter anderem durch übersichtliche Aufbauschemata. Ein Kapitel wird dem Erlernen einer verständlichen Sprache und überzeugender Formulierungen in Bescheiden gewidmet. In der 5. Auflage wird der Inhalt des Buchs unter Berücksichtigung der neusten Rechtslage, Rechtsprechung und Literatur aktualisiert.

[www.kohlhammer.de](http://www.kohlhammer.de)

Birgit Höller

### Die Beschulung behinderter Kinder und Jugendlicher an öffentlichen Schulen

Verfassungsrecht in Forschung und Praxis,  
Bd. 57

Hamburg 2008, 414 Seiten,  
ISBN: 978-3-8300-3702-6

Die Frage der richtigen Beschulung behinderter Kinder und Jugendlicher wird seit jeher kontrovers diskutiert. Ging man zunächst davon aus, Behinderte im "behinderungsspezifisch gestalteten Schonraum Sonderschule" bestmöglich und individuell fördern zu können, hat sich dieses Verständnis in den letzten Jahren grundlegend geändert.

Im Mittelpunkt der Überlegungen steht heute das Bestreben, jedem Schüler das seinen individuellen Bedürfnissen nach Sonderförderung gerecht werdende Maß an sozialer Integration zur Verfügung zu stellen. Forciert wurden entsprechende Bestrebungen durch eine Reihe nationaler wie internationaler Beschlüsse und Empfehlungen. Bahnbrechend erwies sich hierbei auch die im Zusammenhang mit der Verfassungsreform von 1994 erfolgte Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG, der nunmehr in Satz 2 besagt: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Hieran anknüpfend wurde in allen deutschen Bundesländern ein – unterschiedlich weit reichender – Vorrang integrativer Förderungsformen in den jeweiligen Schulgesetzen festgeschrieben. Gleichzeitig sahen sich die Länder jedoch aufgrund anhaltender Finanzknappheit dazu veranlasst, den Vorrang integrativer Beschulungsformen durch die Aufnahme eines so genannten Ressourcenvorbehalts einzudämmen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Verfasserin mit der Frage auseinander, ob und inwieweit die landesrechtlichen Bestimmungen zur Beschulung Behinderter den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Insbesondere wird geklärt, ob und inwieweit das Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG auf das Schulrecht einwirkt, bzw. ob sich aus dem Behindertengrundrecht selbst ein Anspruch auf integrative Unterrichtung ableiten lässt.

Die Bearbeitung geht zudem der der spannenden Frage nach, welche neuen Finanzierungsmöglichkeiten den Trägern der Schulkosten in Zeiten der Finanzknappheit an die Hand gereicht werden können, um so behinderten Schülerinnen und Schülern die gesetzlich verbrieft integrative Förderung auch de facto zukommen zu lassen. Insbesondere die Budgetierung als Teil der Schulautonomie wird hierbei auf ihre Vereinbarkeit mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben hin überprüft.

[www.verlagdrkovac.de](http://www.verlagdrkovac.de)

Hans M. Wolfgang

### Öffentliches Recht und Europarecht Staats- und Verfassungsrecht

Primärrecht der Europäischen Union  
Allgemeines Verwaltungsrecht

5. Aufl., Herne 2010  
500 S., 39.80 €  
ISBN 978-3-482-48345-5

Sicher in die „Öffentliches Recht“-Prüfung. Dieses Lehrbuch gibt Ihnen einen fundierten Überblick über die Prüfungsgebiete Staats- und Verfassungsrecht, Europarecht und Allgemeines Verwaltungsrecht. Der als kompliziert geltende Stoff wird in kurzer und prägnanter Form aufbereitet – speziell zugeschnitten auf Ausbildung und Studium. Sie erhalten die notwendigen Grundkenntnisse, um insbesondere die Prüfung „Öffentliches Recht“ im Grundstudium der Wirtschaftswissenschaften zu bestehen. Da das öffentliche Recht wegen der fortgeschrittenen Integration Europas nicht mehr ohne das Recht der Europäischen Union behandelt werden kann, wird Ihnen das Europarecht in diesem Buch direkt nach dem nationalen Verfassungsrecht vorgestellt. Ein Kapitel zum Allgemeinen Verwaltungsrecht rundet das Buch ab.

Zahlreiche Schaubilder, Beispiels- und Übungsfälle, Prüfungsschemata sowie Literaturhinweise erleichtern Ihnen das Verständnis des Prüfungsstoffes.

Ideal als Prüfungstraining und Ergänzung zum Lehrbuch: Übungen zum Öffentlichen Recht und Europarecht

[www.nwb.de](http://www.nwb.de)

Ramin **Goodarzi** | Johannes **Jansen**

Die Rechtsprechung  
der Landessozialgerichte auf dem Gebiet  
des öffentlichen Auftragswesens  
NZS 8/2010, 427-437

## 7. Glaube | Religion | Kirche

Wiebke Hennig

### Muslimische Gemeinschaften im Religionsverfassungsrecht

Die Kooperation des Staates  
mit muslimischen Gemeinschaften  
im Lichte der Religionsfreiheit,  
der Gleichheitssätze und dem Verbot  
der Staatskirche

Schriften zum Religionsrecht, Bd 1

Baden-Baden 2010

175 S., 46,00 €

Erscheinungstermin: November 2010

Die Arbeit möchte zur Klärung beitragen,  
ob und wie Strukturen, in denen sich  
Muslime in Deutschland zur Religion-  
sausübung zusammentun, in die staats-  
kirchenrechtlichen Gewährleistungen  
konstruktiv einbezogen werden können.  
Im Fokus stehen der bekennende Reli-  
gionsunterricht an öffentlichen Schulen  
und der Status der Körperschaft des  
öffentlichen Rechts.

Dabei geht es nicht nur um die Frage,  
bei Vorliegen welcher Voraussetzungen  
muslimische Gemeinschaften einbe-  
zogen werden müssen. Gegenstand der  
Arbeit sind vielmehr auch die Fragen,  
inwieweit staatliche Stellen muslimische  
Gemeinschaften einbeziehen dürfen,  
wenn verfassungsrechtliche Ansprüche  
nicht bestehen, und inwieweit sie befugt  
sind, auf deren Einbeziehbarkeit hinzu-  
wirken. Dafür werden die für die Zusam-  
menarbeit des Staates mit muslimischen  
Gemeinschaften relevanten staatskirch-  
enrechtlichen Bestimmungen orientiert  
am Grundrecht der Religionsfreiheit, den  
Gleichheitssätzen und dem Verbot der  
Staatskirche untersucht. Konkrete mus-  
limische Gemeinschaften und einzelne  
staatliche Maßnahmen werden beispiel-  
haft zu den entwickelten Grundlinien in  
Bezug gesetzt.

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

Axel von Campenhausen (Hrsg.)

### Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung

Dokumentation zum Urteil  
des Bundesverfassungsgerichts  
zum Schutz der Sonntagsruhe

Schriften zum Staatskirchenrecht, Bd. 52

Frankfurt am Main 2010

197 S., 44,80 €

ISBN 978-3-631-61220-0

Der Sonntag ist als Tag der Arbeitsruhe  
und der seelischen Erhebung vom Grund-  
gesetz geschützt. Gegen die Aushöhlung  
des Sonntagsschutzes durch die Auswei-  
tung von Ladenöffnungen an Sonn- und  
Feiertagen durch das Berliner Ladenöff-  
nungsgesetz haben die evangelische und  
die katholische Kirche Verfassungsbe-  
schwerde eingelegt. Diese Dokumenta-  
tion enthält die Verfassungsbeschwerden  
der Professoren Karl-Hermann Kästner/  
Tübingen und Christian Starck/Göttingen  
sowie deren Einlassungen, das Urteil des  
Bundesverfassungsgerichts und das Ber-  
liner Ladenöffnungsgesetz. Der Entschei-  
dung kommt bundesweite Bedeutung zu.

Inhalt

Axel **Freiherr von Campenhausen**

Einleitung

Karl-Hermann **Kästner**

Verfassungsbeschwerde vom 10.11.2007

Karl-Hermann **Kästner**

Erwiderung vom 24.07.2008 zu

den Stellungnahmen

Christian **Starck**

Verfassungsbeschwerde vom 07.11.2007

Christian **Starck**

Erwiderung vom 16. Juli 2008 zu den Stel-  
lungnahmen

Anhang

Urteil BVerfG, 1 BvR 2857/07 vom  
01.12.2009

Berliner Ladenöffnungsgesetz (Berl-  
LadÖffG) vom 14. November 2006

Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner  
Ladenöffnungsgesetzes vom 16. 11.2007.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

Joachim **Eder**

Novellierung der Kirchlichen Arbeits-  
gerichtsordnung (KAGO) im Bereich  
der Deutschen Bischofskonferenz  
ZTR 8/2010, 396-401

OVG Koblenz

Zahlung von staatlichen Mitteln  
an jüdische Gemeinde

B. v. 10.02.2010 - 6 B 10003/10 -

NVwZ-RR 15/2010, 586-587

OVG Lüneburg

Keine verwaltungsgerichtliche Kontrolle  
eines kirchlichen Hausverbots

B. v. 20.04.2010 - 13 ME 37/10 -

NJW 36/2010, 2679

Anja I. Bohnen

### Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaften gemäß Artikel 137 Absatz 3 Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung

Eine Untersuchung  
der staatskirchenrechtlichen Systematik  
in der Zeit der Weimarer Republik

Wissenschaftliche Beiträge aus dem  
Tectum-Verlag, Bd. 43

Marburg 2010

ca. 152 S., 24,90

ISBN 978-3-8288-2289-4

[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

## 8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

Martin Burgi | Klaus Schönenbroicher

### Die Zukunft des Verwaltungsverfahrensrechts

Zukunftswerkstatt Verwaltungsverfahren  
Staat und Wirtschaft,  
Wissenschaft und Praxis im Dialog

Baden-Baden 2010, 116 S., 39,- €  
ISBN 978-3-8329-5395-9

Für viele ist das VwVfG das „Grundgesetz der Verwaltung“. Aber kommt dem VwVfG in Verwaltung, Wirtschaft und Rechtswissenschaft tatsächlich noch die ursprünglich angelegte einheitliche Steuerungsfunktion zu? Oder wird sie vor allem durch Dekodifikations Tendenzen in einer Vielzahl an Teilrechtsordnungen, pars pro toto sei hier das Umweltrecht genannt, abgeschwächt? Der Band dokumentiert die Vorträge, die auf der in Zusammenarbeit vom Innenministerium NRW und der Forschungsstelle für Verwaltungsrechtsmodernisierung und Vergaberecht (Ruhr-Universität Bochum) veranstalteten „Zukunftswerkstatt“ gehalten wurden:

- Das Verwaltungsverfahren im Spiegel der Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft (Voßkuhle)
- Gesetzgebung im Verwaltungsverfahrensrecht zwischen europäischem Umsetzungsdruck und (fehlendem) nationalem Gestaltungswillen (Burgi)
- Verwaltungszusammenarbeit im Binnenmarkt (Prell)
- Die allgemeine verfahrensrechtliche Genehmigungsfiktion nach § 42a VwVfG (Uechtritz)
- Das VwVfG als Regelungsstandort für Konzentrationswirkungen bei Genehmigungen? (Schönenbroicher)
- Praxisforum „Verwaltungsverfahren aus Sicht der Wirtschaft, der Kommunen und der Dritttinteressen“ (Kallerhoff)

Andreas **Voßkuhle**

Das Verwaltungsverfahren im Spiegel der Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft

Martin **Burgi**

Gesetzgebung im Verwaltungsverfahrensrecht zwischen europäischem Umsetzungsdruck und (fehlendem) nationalem Gestaltungswillen

Lorenz **Prell**

Verwaltungszusammenarbeit  
im Binnenmarkt

Michael **Uechtritz**

Die allgemeine verwaltungsverfahrensrechtliche Genehmigungsfiktion des § 42a VwVfG

Klaus **Schönenbroicher**

Das Verwaltungsverfahrensgesetz als Regelungsstandort für Konzentrationswirkungen bei Genehmigungen?

Dieter **Kallerhoff**

Praxisforum „Verwaltungsverfahren aus Sicht der Wirtschaft, der Kommunen und der Dritttinteressen“ (Moderation)

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

OVG Bautzen

Isolierte Anfechtung  
der Kostenentscheidung  
B. v. 03.03.2010 - 1 E 3/10 -  
NVwZ-RR 15/2010, 624

OLG Düsseldorf

Jugendstrafe; schädliche Neigungen;  
überlange Verfahrensdauer;  
Teilvollstreckungserklärung;  
Auswirkungen auf das Erziehungsziel;  
zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe  
B. v. 04.03.2010 - 4 RVs 191/09 IV -  
OLGSt-Fundstelle:  
JGG § 17 Nr. 4

OLG Zweibrücken

Bestellung eines Verteidigers;  
Maßregelvollzug; Reichweite der Bestellung;  
Bestellung für einzelne Verfahrensabschnitte; Regelüberprüfung  
B. v. 28.01.2010 - 1 Ws 17/10 -  
OLGSt-Fundstelle:  
StPO § 141 Nr. 7

OLG Zweibrücken

Rechtsmittelrücknahme; ausdrückliche Ermächtigung des Verteidigers;  
rückwirkende Genehmigung der Rücknahme  
B. v. 05.02.2010 - 1 Ss 5/10 - ()  
OLGSt-Fundstelle:  
StPO § 302 Nr. 9

Klaus **Gärditz**

Die Rechtswegspaltung in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art  
Verw. 3/2010, 309-347

Thomas **Groß**

Die Klagebefugnis als gesetzliches Regulativ des Kontrollzugangs  
Verw. 3/2010, 349-377

Veith **Mehde**

Verwaltungskontrolle als Daueraufgabe der Verwaltungsgerichtsbarkeit  
Verw. 3/2010, 379-404

Joachim von **Bargen**

Konfliktlösung mittels richterlicher Mediation als Alternative zum konventionellen Verwaltungsprozess  
Verw. 3/2010, 405-428

Jan Malte von **Bargen**

Gerichtsinterne Mediation. Eine Kernaufgabe der rechtsprechenden Gewalt.  
(SR: Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht, Bd. 57), (Diss.), Tübingen 2008  
Rezension

Christine **Steinbeiß-Winkelmann**

Verw. 3/2010, 358-461

Kay Windthorst, Der verwaltungsgerichtliche einstweilige Rechtsschutz. Zugleich eine Untersuchung des Erkenntnis- und Steuerungspotenzials der Rechtsdogmatik.

(SR: Jus Publicum, Bd. 183),  
(Habil.), Tübingen 2009

Rezension Klaus **Rennert**

Verw. 3/2010, 461-464

Rezension: Gerhard Kreutzer, Säumnis: Rechtsschutz gegen überlange Verfahren, (Diss.), Wien 2010

Rezension Stefanie **Schmahl**

Verw. 3/2010, 449-452

Wolf-Rüdiger Schenke

Neuere Rechtsprechung zum Verwaltungsprozessrecht (1996-2009), Tübingen 2009

Rezension Heinrich Amadeus **Wolff**

Verw. 3/2010, 464-465

## 9. Privatrecht

Silvia Dullinger

ÖSTERREICH

Eike Schmidt | Gert Brüggemeier

Franz Jürgen Säcker | Jochen Mohr

### Bürgerliches Recht II. Schuldrecht Allgemeiner Teil

Springers Kurzlehrbücher der Rechtswissenschaft

4., Aufl., Wien 2010  
200 S., 19.95 €

Erscheinungstermin: 01.10.2010

Auch in der Neuauflage ist die bewährte studienfreundliche Aufbereitung des Lern- und Prüfungsstoffes beibehalten worden. Dem Leser wird fundiertes Wissen kurz und prägnant, aber dennoch anschaulich vermittelt. Durch zahlreiche Querverweise zwischen den verschiedenen Kapiteln und auf andere Bände des Lehrbuchs wird das Verständnis der Zusammenhänge gefördert. Alle seit der Voraufgabe erfolgten Gesetzesänderungen sind in der Neuauflage berücksichtigt.

[www.springer.com](http://www.springer.com)

Rechtsanwaltskammer Düsseldorf (Hrsg.)

### Anwaltsstation Zivilrecht

Köln 2010  
200 S., 30.00 €  
ISBN 978-3-504-62901-4

Nach der Reform der Referendarausbildung ist die "Anwaltsklausur" vielfach zu einer echten Examensklippe geworden. Soweit es in einer Prüfung im Zivilrecht um anwaltliche Tätigkeiten geht, werden von den Kandidaten Lösungsvorschläge erwartet, wie sie tatsächlicher Alltag anwaltlicher Tätigkeit sind. Das Werk "Anwaltsstation Zivilrecht" bietet dem Referendar eingängig aufbereitet mit zwei Originalklausuren die nötige Unterstützung für Klausur und Aktenvortrag. Zusätzlich kann das Werk mit seinem Teil "Kanzlei Praxis" auch dem jungen Anwalt bei seinem Berufsstart wertvolle Hinweise bieten.

[www.otto-schmidt.de](http://www.otto-schmidt.de)

### Grundkurs Zivilrecht

7., Aufl., München 2010  
365 S., 25.00 €  
ISBN 978-3-8006-4009-6

Die in der Schriftenreihe „Klausurprobleme“ bewährte Darstellungsart ist auch bei der Neuerscheinung dieses Titels, der die beiden bereits erschienenen Bände zum Schuldrecht ergänzt, unverändert geblieben. Dieser dritte Band widmet sich unter anderem den Problemgestaltungen „moderner“ Vertragstypen wie Leasing und Factoring sowie dem Themenkomplex der Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA).

Die jeweiligen Probleme werden jeweils anhand eines Beispielfalles erklärt, die in Lehre und Rechtsprechung dazu vertretenen Meinungen einander gegenübergestellt, die sie tragenden Argumente in aller Kürze herausgearbeitet und anhand weiterer Beispielfälle erprobt. Auf diese Weise lernt der Student, die verschiedenen Meinungen und Argumente gegeneinander abzuwägen, sich für eine eigene Lösung zu entscheiden und diese sachgerecht zu begründen. Eine solche Begründung – und nicht nur das Ergebnis – ist entscheidend für die Bewertung einer Klausur, einer Hausarbeit oder eines Vortrags.

Hilfreich bei der Bearbeitung einer Hausarbeit sind insbesondere die umfassenden, aktuellen Rechtsprechungs- und Schrifttumsnachweise. Zur Vorbereitung auf die Klausur gibt dieser Band die Sicherheit, mit dem Erlernen der hier geschilderten Problemstände die wesentlichen Bereiche des BGB Schuldrecht Besonderer Teil abgedeckt zu haben.

[www.vahlen.de](http://www.vahlen.de)

Georg Dodegge

Die Entwicklung des Betreuungsrechts bis Anfang 2010,  
NJW 36/2010, 2628-2633

### Fallsammlung zum BGB Allgemeiner Teil

mit Verbindungslinien  
zum Schuld- und Sachenrecht

Berlin 2010  
300 S., 24.95 €  
Erscheinungstermin: 15.09.2010

Das Buch behandelt in zahlreichen Fällen das Spannungsverhältnis zwischen Vertragsfreiheit, Inhaltskontrolle, Verbraucher- und Diskriminierungsschutz („AGG“). Den Schwerpunkt bildet allerdings die klassische Rechtsgeschäftslehre. Das Buch wendet sich nicht nur an Studienanfänger, sondern möchte auch vor dem Staatsexamen bei einem zweiten Durchgang durch den Allgemeinen Teil nützliche Dienste leisten. Zur Erleichterung der Stoffwiederholung dienen umfangreiche „Merke“-Sätze, die die examensrelevanten Probleme des Allgemeinen Teils widerspiegeln. Die Falllösungen sind im Interesse einer das erforderliche Prüfungswissen vermittelnden und vertiefenden Darstellung ausführlicher gehalten, als dies von einer Examensklausur erwartet werden kann. Gerade bei Klausuren, die u.a. Fragen der Anfechtung von Willenserklärungen zum Inhalt haben, treten im Staatsexamen immer wieder erhebliche Fehler auf. Die Verfasser möchten deshalb insbesondere ein vertieftes Verständnis des Rechts der Irrtumsanfechtung wecken.

[www.springer.com](http://www.springer.com)

Hans Römer

### Privatrecht Intensivkurs

FH Studienliteratur  
6. Aufl., München 2010  
227 S., 22.00 €  
ISBN 978-3-8006-4099-7

[www.vahlen.de](http://www.vahlen.de)

# 10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

BeckAkademie Seminare

## 14. ZEV-Jahrestagung 2010/2011

22.-23.10.2010, München

21.-22.01.2011, Berlin

Nachdem in den letzten Jahren vor allem das (Erbschaft- und Schenkung-) Steuerrecht im Blickpunkt des Interesses stand, wendet sich der Blick der Berater nun wieder verstärkt dem Zivilrecht zu: Gewohnte Gestaltungsformen, wie die Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen, wurden zum Teil erheblich verändert.

Voraussetzungen und Folgen von neueren Gestaltungsmitteln, wie das Bedürftigentestament, sind noch nicht endgültig geklärt. Andere Probleme, wie das Schwarzgeld im Nachlass, sind erst in jüngerer Zeit verstärkt in das Blickfeld geraten.

Sie erhalten auf unserer Tagung, wie gewohnt, einen umfassenden Überblick über die aktuellen zivil-, gesellschafts- und steuer rechtlichen Entwicklungen, die für Ihre tägliche Praxis von Bedeutung sind.

Teilnehmer

Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensjuristen, Richter und Rechtspfleger von Nachlassgerichten, Geschäftsführer und Inhaber mittelständischer Unternehmen und deren Berater

Programm

- Aktuelle Entwicklungen im Erbrecht und sonstigen Zivilrecht
- Praxisprobleme der Pflichtteils-ergänzung
- Testamentsgestaltung und Hartz IV – Das sog. Bedürftigentestament
- Aktuelle Entwicklungen im internationalen Recht
- Drei neuralgische Punkte bei
- Testamentsvollstreckungen: Struktur, Dauer, Vergütung
- Schwarzgeld im Nachlass

- Aktuelle Entwicklungen im Erbschaft- und Ertragsteuerrecht
- Die trans- und postmortale Vollmacht im nationalen und internationalen Rechtsverkehr
- Die vorweggenommene Erbfolge gegen Versorgungsleistungen nach dem Rentenerlass IV
- Falldiskussion: Gelungene/misslungene Gestaltungen im Zivil- und Steuerrecht

[www.beck-seminare.de](http://www.beck-seminare.de)

10. Symposium  
für Europäisches Familienrecht

## Vorsorgevollmacht und Erwachsenenschutz in Europa

07.-09.10.2010, Regensburg

Die Juristische Fakultät der Universität Regensburg veranstaltet in Verbindung mit der Bundesnotarkammer gefördert durch das Bundesministerium der Justiz vom 7. bis 9. Oktober 2010 ein weiteres Symposium für Europäisches Familienrecht, diesmal über das Thema „Vorsorgevollmacht und Erwachsenenschutz in Europa“.

Kernfrage ist, in welcher Weise eine Person in privatrechtlicher Form Vorsorge für den Fall treffen kann, dass sie eines künftigen Tages selbst ihre Angelegenheiten nicht mehr besorgen kann, und in welchem Verhältnis solche Möglichkeiten zum jeweiligen gesetzlichen System des Erwachsenenschutzes stehen. Zur Thematik des Kongresses gehört auch der Problemkreis „Patientenverfügung“, zu dem in Deutschland 2009 neue gesetzliche Regeln in Kraft gesetzt worden sind. Die genannte Problematik soll auf dem Symposium rechtsvergleichend erörtert werden.

Die europäische Rechtsvergleichung soll zeigen, inwieweit auf den genannten Gebieten ein gemeinsames Rechtsverständnis besteht oder sich im Vordringen

befindet oder die nationalen Rechtsordnung gravierende Unterschiede aufweisen, die sich auch auf die grenzüberschreitende Akzeptanz von Vorsorgevollmachten auswirken können.

Der Ablauf des Kongresses ist wie folgt geplant: Zunächst wird der Stand des deutschen Rechts und der deutschen Rechtspraxis zum Problemkreis Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung in mehreren Referaten dargestellt. Es folgen Länderberichte über die Rechtslage und die rechtspolitischen Bestrebungen in zehn ausgewählten Europäischen Staaten. Den Abschluss bildet eine rechtsvergleichende Plenardiskussion.

Die Tagungsunterlagen können angefordert werden bei Prof. Dr. Martin Löhnig, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Deutsche und Europäische Rechtsgeschichte, Universitätsstraße 31, 93053 Regensburg (Tel. 0941/943-2624; Fax 0941/943-2603; e-mail: caroline.berger@jura.uni-regensburg.de)

Volker **Beck**

Standpunkt: Wider die Diskriminierung BVerfG stärkt homosexuelle Lebenspartnerschaften,  
(Anmerkung: BVerfG, 21.07.2010 - 1 BvR 611/07, 1 BvR 2464/07 - )  
(Beilage NJW-aktuell)  
NJW 36/2010, 12-14

Inge **Kroppenberg**

Ist unser Erbrecht noch zeitgemäß? Überlegungen zum zivilrechtlichen Gutachten des 68. Deutschen Juristentages in Berlin  
NJW 36/2010, 2609-2

VG Neustadt/Weinstr.

Keine Gleichbehandlung bei Wegfall der Kürzung des Familienzuschlags für Beamte in nichtehelicher Lebensgemeinschaft  
U. v. 26.01.2010 - 6 K 79/09 -  
NVwZ-RR 15/2010, 517-619

# 11. Verkehr | Transport | Reise

Johannes Dietlein | Klaus D. Drüen

## Grundlagen und Reichweite des Vertrauensschutzes bei Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr

Düsseldorfer Rechtswissenschaftliche  
Schriften, Bd. 89

Baden-Baden 2010

104 S., 24.00 €

Erscheinungstermin: August 2010

Die Behandlung von umsatzsteuerlichen Fremdmanipulationen im Bereich des nichtkommerziellen Reiseverkehrs ins außereuropäische Ausland (sog. „Export über den Ladentisch“) beschäftigt seit vielen Jahren Unternehmen, Behörden und Gerichte. Nachdem das Risiko für derartige Manipulationen bislang recht einseitig den betroffenen Unternehmen aufgebürdet wurde, ist mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21.2.2008 (Rs. C-271/06, Netto Supermarkt) eine grundlegende Wende eingeleitet worden. Seit dem Spruch der Luxemburger Richter steht nunmehr fest, dass ein Unternehmer, der bei der Abwicklung von Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Handel die zumutbare Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns hat walten lassen, auch dann die Steuerfreiheit genießt, wenn sich später aufgrund von Ermittlungen der Zoll- oder Finanzbehörden herausstellt, dass der Abnehmer falsche Angaben gemacht oder Ausfuhrnachweise gefälscht hat.

Die Untersuchung der Düsseldorfer Rechtsprofessoren Dr. J. Dietlein und Dr. K.-D. Drüen erläutert die Vorgeschichte, den Inhalt und die Tragweite der Entscheidung des EuGH und entwickelt Leitlinien zur Beurteilung der Frage, ob ein Unternehmer die nach der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns gebotenen und ihm konkret auch zumutbaren Maßnahmen ergriffen hat. Zugleich wird die verfahrenrechtliche Seite des unternehmerischen „Vertrauensschutzes“ näher behandelt.

Die Studie zeigt dabei, dass der Gedanke einer effektiven Durchsetzung des

Vertrauensschutzes für eine zwingende Parallelität von Festsetzungsverfahren und sog. Billigkeitsverfahren spricht. Die Studie richtet sich zunächst an alle mit umsatzsteuerrechtlichen Fragen befassten Praktiker in Unternehmen, Beratung, Behörden und Gerichten, ebenso aber auch an die interessierte Fachöffentlichkeit in Wissenschaft und Politik.

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

OLG Oldenburg

Verfassungswidrigkeit der sog. Winterreifenpflicht

B. v. 09.07.2010 - 2 SsRs 220/09 -

mit Anmerkung: D. **Burhoff**

StRR 8/2010, 316-317

Silvia **Fleck**

Ansprüche bei einem Verkehrsunfall aus sozialrechtlicher Sicht, (1)

NJW-Spezial 17/2010, 521-522

OLG Bamberg

Atemalkoholanalyse; Atemalkoholmessung; Wartezeit; Messverfahren

B. v. 21.08.2009 - 2 Ss OWi 713/09 -

OLGSt-Fundstelle:

StVG § 24a Nr. 13

OLG Bamberg

Verkehrszentralregister;

Tilgung der Eintragung; gesetzliches

Verwertungsverbot; Überliegefrist

B. v. 10.02.2010 - 2 Ss OWi 1575/09 -

OLGSt-Fundstelle:

StVG § 29 Nr. 1

VG Gießen

Betrunkenem Radfahrer

kann das Fahrradfahren verboten werden

B. v. 26.04.2010 - 6 L 663/10 -

(Beilage RdW-Select)

RdW 16/2010, 3-4

VG München

Rechtmäßigkeit einer Verkehrsvorschrift beeinflusst nicht Fahrtenbuchauflage

B. v. 17.02.2010 - 11 CS 09.2077 -

RdW 16/2010, 4-5

BGH

Geltendmachung von Reisemängeln für Mitreisende

U. v. 26.05.2010 - Xa ZR 124/09 - (269)

RdW 16/2010, 507-508

## Verkehrsrecht auf einen Blick

Zivilrecht | Ordnungswidrigkeitenrecht  
Strafrecht | Vergütungsrecht  
Rechtsschutzversicherungsrecht  
Musterschriftsätze | Praxistipps  
und Urteile

Bonn 2010

120 S., 29.00 €

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-8240-1114-8

Formulare, Checklisten, Muster für praktische Büroabläufe

Schritt für Schritt erklärt Ihnen dieses Arbeitshandbuch, wie Sie typische Aufgaben im Bereich des Verkehrsrechts erledigen. Musterschriftsätze, Praxistipps und abgedruckte Urteile bieten schnelle und fundierte Lösungen. Es richtet sich an alle, die in kurzer Zeit einen Überblick über die "Basics" des Verkehrsrechts gewinnen möchten.

Dargestellt wird, wie Sie:

- Meinungsverschiedenheiten mit Haftpflichtversicherern und Rechtsschutzversicherern meistern
- gängige Anträge im Bußgeldrecht und Strafrecht beherrschen
- Ihren Vergütungsanspruch durchsetzen und
- Praktiker know-how nutzen.

Mit CD-ROM zur schnellen Übernahme der Muster in den Text.

[www.anwaltverlag.de](http://www.anwaltverlag.de)

Reinhard Leuker | Anja Daniel

## Ratgeber Lenk-, Ruhe und Arbeitszeiten im Straßenverkehr

2. Aufl., Düsseldorf 2010

300 S., 11.24 €

ISBN 978-3-87841-418-6

[www.verkehrsverlag-fischer.de](http://www.verkehrsverlag-fischer.de)

## 12. Strafrecht und Nebengebiete

Karsten Altenhain

### Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch

Band 6/1: Nebenstrafrecht II

München 2010

1600 S., ca. 228,00 €

ISBN 978-3-406-48830-6

Entsprechend dem hohen Standard aller Münchener Kommentare erläutert diese Neuerscheinung das gesamte StGB und viele, in der Praxis bedeutsame Teile des Nebenstrafrechts. Der Großkommentar beleuchtet die modernen Entwicklungen des Strafrechts mit wissenschaftlicher Tiefe, legt dabei aber ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der Praxis. Der Münchener Kommentar zum StGB bringt im Rahmen der Kommentierung eine präzise Darstellung der neuesten Rechtsprechung und Literatur, wertet diese aus und bietet realitätsnahe Lösungsvorschläge.

Es konnte ein außerordentlich kompetentes Autorenteam gewonnen werden, so dass dieser Großkommentar für jeden, der sich mit Strafrecht beschäftigt, ein Muss geworden ist.

Band 6/1 enthält Kommentierungen zum Strafrecht im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes (UWG, UrhG, MarkenG), zum Steuerstrafrecht (AO), zum Arbeitsrecht (AÜG, Schwarzarbeitsgesetz), zum Wirtschaftsstrafrecht (Aktiengesetz, AWG, Börsengesetz, Depotgesetz, Genossenschaftsgesetz, Gewerbeordnung, GmbHG, HGB, WpHG) sowie zu den strafrechtlichen Bestimmungen im Rahmen der neuen Kommunikationsmedien (TDG und TKG).

[www.beck-shop.de](http://www.beck-shop.de)

Bernhard Prankel

Zur Behandlung verurteilter jugendlicher Sexualstraftäter. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Therapie

ZKJ 8/2010, 277-278

Helmut Pollähne

Europäische Rechtssicherheit gegen Deutsches Sicherheitsrecht? Zur EGMR-Entscheidung in Sachen nachträgliche (Verlängerung der) Sicherungsverwahrung (Anmerkung zu EGMR, U. v. 17.12.2009 - Nr. 19359/04 -) KJ 3/2010, 255-269

Wolfgang Kaleck | Andreas Schüller  
Dominik Steiger

Tarnen und Täuschen. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden und der Fall des Luftangriffs bei Kundus KJ 3/2010, 270-286

Maren Stöling

### Das Tatbestandsmerkmal des fremden Vermögens bei der Untreue zum Nachteil von Personengesellschaften am Beispiel der GmbH & Co. KG

Frankfurt am Main 2010  
137 S., 31,80 € Criminalia, Bd. 49  
ISBN 978-3-631-60226-3

Die Untreue zum Nachteil von Gesellschaften gehört zur Kategorie der Wirtschaftskriminalität, deren Bekämpfung seit vielen Jahren vorrangiges Ziel der strafrechtlichen Reformgesetzgebung ist. Der Tatbestand der Untreue ist nicht auf die Besonderheiten von Personengesellschaften zugeschnitten, so dass die gesellschaftsrechtliche Untreue ein seit längerem diskutiertes Thema an der Schnittstelle zwischen Zivil- und Strafrecht ist. Während bei der Kapitalgesellschaft eine Untreue zu Lasten des Gesellschaftsvermögens anerkannt ist, wird bei Personengesellschaften ein Nachteil im Vermögen des oder der anderen Gesellschafter(s) gefordert. Die für die Untersuchung beispielhaft verwendete GmbH & Co. KG beansprucht als weit verbreitete Unternehmensform in unserem Wirtschaftssystem grundlegendes Vertrauen. Vor diesem Hintergrund wird die bisherige rechtliche Beurteilung der Untreue zum Nachteil von Personengesellschaften überprüft. Ausgangspunkt für die Untersuchung ist die

Grundsatzentscheidung des BGH zur Außengesellschaft Bürgerlichen Rechts als Grundform der Gesamthandsgesellschaften, in der die Rechts- und Parteifähigkeit der Personengesellschaften anerkannt wurde. Die Personengesellschaft wird als mögliches Zuordnungssubjekt für Vermögen aus strafrechtlicher und gesellschaftsrechtlicher Sicht untersucht. In diesem Kontext wird auch die Frage der eigenen Rechtspersönlichkeit von Personengesellschaften erörtert.

Aus dem Inhalt

- Verbreitung der GmbH & Co. KG
- Haftungssituation
- Bestandsschutz des Gesellschaftsvermögens
- Gesellschaftsrechtliche Untreue
- Vermögenssubjekteigenschaft
- Tatbestand der Untreue
- GmbH & Co. KG als Rechtspersönlichkeit
- Beziehungsgefüge zwischen Täter, Vermögen und Geschädigtem
- Vermögensverselbständigung der Gesamthand im Sinne des § 266 StGB
- Gesamthand als Zuordnungssubjekt
- Fremdheit der Vermögensinteressen.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

**Legal Tribune** ONLINE

Job. Wissen. Leben.

**“Eine gute Lösung - mit erheblichen Risiken im Detail” – Kay Nehm zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung**

Die Bundesregierung verabschiedete heute ein Eckpunktepapier zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung. Im LTO-Interview lobt Generalbundesanwalt a.D. Kay Nehm das Konzept, warnt aber auch vor möglichen Regelungslücken – insbesondere im Hinblick auf Straftäter, die aufgrund eines EGMR-Urteils jetzt in die Freiheit entlassen werden könnten.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1343/Kay-Nehm-zur-Neuregelung-der-Sicherungsverwahrung-Eine-gute-Loesung-aber-mit-erheblichen-Risiken-im-Detail/>

# 13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

Franz-Josef Düwell

## Betriebsverfassungsgesetz

3. Aufl., Baden-Baden 2010  
1726 S., 69,00 €  
ISBN 978-3-8329-4727-9

Die Neuauflage des Kommentars zum BetrVG sichert Ihnen mit dem frühen Erscheinungstermin einen entscheidenden Beratungsvorsprung insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahl 2010. Die Autoren beschreiben detailliert die Fallstricke bzw. Haftungskonsequenzen bei fehlerhafter Durchführung. Auch sind die wichtigen Änderungen in §5 BetrVG zum Arbeitnehmerbegriff – insbesondere für die leitenden Angestellten – bereits berücksichtigt.

Der Handkommentar stellt die Spruchpraxis des Bundesarbeitsgerichts auf aktuellem Stand dar und berücksichtigt dabei auch ggf. abweichende Urteile der Landesarbeitsgerichte. Die 3. Auflage geht insbesondere auf die Unterrichtsrechte der Belegschaften im Vorfeld einer heimlichen Übernahme ein, wie sie das neugefasste Risikobegrenzungsgesetz (§ 106 Abs. 2, 3 Nr. 9a; § 109a BetrVG) regelt.

Weitere aktuelle Schwerpunkte:

- Strafbarkeit von Betriebsratsmitgliedern (Stichwort VW, Siemens) sowie die rechtliche Zulässigkeit von Sondervereinbarungen für Betriebsratsmitglieder (z.B. im Rahmen von Beratungsverträgen)
- Stichwort AGG: Grenzen der Betriebsvereinbarungen; Beschwerdeverfahren (§ 13 AGG) zu §§ 83-85 BetrVG
- Ausgleichsansprüche der Betriebsratsmitglieder
- Stichtagklausel in Sozialplänen
- Videoüberwachung im Betrieb
- Teilkündigung einer Betriebsvereinbarung
- Erstreitbarkeit eines Verzichttarifvertrags

- Geltung der §§ 81, 82, 84-86 BetrVG für Leiharbeiter (§ 14 Abs. 2 Satz 3 AÜG)
- Sogenannte „gemischte Vereinbarungen“ nach der Leitentscheidung des Bundesarbeitsgerichts
- Zulässige alternative Betriebsratsstrukturen unter Beachtung branchenspezifischer Besonderheiten
- Berücksichtigung der neuen EBR-Richtlinie 2009/38/EG und der Europäischen Aktiengesellschaft

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Wolfgang Däubler | Jens Peter Hjort  
Michael Schubert | Martin Wolmerath

## Arbeitsrecht

2. Aufl. Baden-Baden 2010  
3300 S., 118,00 €  
ISBN 978-3-8329-4156-7

Die Vorteile:

- Das Werk argumentiert dort weiter, wo die vorhandene Kommentarliteratur sich oftmals mit gängigen Argumentationsmustern begnügt.
- Der Kommentar lotet aus, was vor Gericht Bestand hat.
- Die Autoren orientieren sich an der BAG-Rechtsprechung und beziehen durchgehend die Entscheidungen des EuGH mit ein.
- Die Kommentierung zeigt argumentationssicher die Spielräume für die Umsetzung von Arbeitnehmerpositionen auf.
- Der Handkommentar berücksichtigt alle wichtigen neuen Gesetze (z.B. das Pflegezeitgesetz) sowie Gesetzesänderungen (z.B. im Datenschutzrecht) – auch auf europäischer Ebene.

Topaktuell: Die EuGH-Entscheidung vom 19.1.2010 zu den Kündigungsfristen (Kükükdevici-Entscheidung) ist bereits berücksichtigt!

Das Werk vereint in einem Band alle relevanten Gesetze des Individualarbeits-

rechts mit den bedeutsamen Bezügen zum kollektiven Arbeitsrecht. Die maßgeblichen Normen der InsO, des SGB, des HGB und der GewO werden ebenfalls praxisnah erläutert. Die Autoren sind ausgewiesene Experten aus Anwaltschaft und Justiz, die ihre langjährige Erfahrung in der Beratung und Vertretung von Arbeitnehmern einbringen.

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

BVerwG

Gebühren im Disziplinarverfahren; Aussetzung der vorläufigen Dienstenthebung und Einbehaltung von Bezügen nach § 63 BDG

B. v. 11.11.2009 - 2 AV 4/09 -

mit Anmerkung: Joachim **Volpert**

StRR 8/2010, 318-319

Jens M. **Schubert**

Das Normalarbeitsverhältnis in der arbeits- und sozialrechtlichen Wirklichkeit, NJW 36/2010, 2613-2618

Frank **Bayreuther**

Generelle Verpflichtung zur Aufnahme von Bezugnahme Klauseln durch betriebliche Mitbestimmung bei nachwirkenden (transformierten) Tarifverträgen?

BB 36/2010, 2711-2180

BAG

Arbeitsrecht: Zwang zu altersneutraler Stellenausschreibung

U. v. 19.08.2010 - 8 AZR 530/09 -

mit Anmerkung

NWB 35/2010, 2769-2770

Wolfgang Fricke | Herbert Grimberg  
Wolfgang Weiter

## Betriebsverfassungsgesetz Kurzkomentar

Klare Sicht für Betriebsräte

Frankfurt am Main 2010  
290 S., 24,90 €  
ISBN 978-3-7663-3984-3

[www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

# 14. Sozialrecht

Christoph Brömmelmeyer | Helmut Heiss  
Ulrich Meyer | Hans-Peter Schwintowski  
Astrid Wallrabenstein  
Jochen Zimmermann

## **Einflussfaktoren für die Entscheidung bei Altersvorsorgeprodukten IFRS - Gesundheitspolitik**

Versicherungswissenschaftliche Studien,  
Bd. 38

Baden-Baden 2010  
268 S., 62,- €  
ISBN 978-3-8329-5077-4

Der Band enthält die Beiträge der 19.  
Wissenschaftstagung des Bundes der  
Versicherten, die vom 22.-24. April 2009  
in Timmendorfer Strand stattgefunden  
hat. Die Tagung wurde eingeleitet durch  
den Workshop Junge Versicherungswis-  
senschaft. Im Zentrum der Veranstaltung  
standen die Einflussfaktoren für die Ent-  
scheidung bei Altersvorsorgeprodukten  
sowie IFRS und Gesundheitspolitik.

Inhaltsverzeichnis

## **Einflussfaktoren für die Entscheidung bei Altersvorsorgeprodukten**

Mark **Ortmann**  
Kostentransparenz bei Altersvorsorge-  
produkten

Sarina **Enke**  
Diskussionsbericht

Christoph **Bonin**  
Kostentransparenz von Altersvorsorge-  
produkten – die europäische Perspektive

Sarina **Enke**  
Diskussionsbericht

Hans-Hermann **Luschen**  
Der Einfluss des Provisionssystems  
auf die Altersvorsorgeentscheidung

Aline **Icha**  
Diskussionsbericht

Dirk **Kiesewetter**  
Der Einfluss der Besteuerung auf die  
Altersvorsorgeentscheidung

Susann **Rochlitz**  
Diskussionsbericht

## **Panel zum Generalthema**

Peter **Schwark** | Marcus **Mecklenburg**  
Hermann-Josef **Tenhagen**  
Thorsten **Rüjfert** | Johann **Klinge**  
Diskussionsbericht

Jochen **Zimmermann**  
Die Auswirkungen von IFRS  
auf die Versicherten

Alexander **Sajkow**  
Diskussionsbericht

## **Gesundheitspolitik**

Christoph **Brömmelmeyer**  
Der Tarifwechsel in der PKV

Alexander **Sajkow**  
Diskussionsbericht

Eberhard **Wille**  
Entwicklungsperspektiven der Gesundheit-  
spolitik

Julia **Wernicke**  
Diskussionsbericht

## **Workshop Junge Versicherungswissenschaft**

Philipp **Molinari**  
Zur Bilanzierung von Versicherungs-  
verträgen nach IFRS

Rafael **Krönung**  
Die Integration von Langzeitkoten in  
die betriebliche Altersvorsorge – ökonomische  
Perspektive

Susann **Rochlitz**  
Arbeitszeitkonten aus juristischer  
Perspektive

Maik **Dietrich**  
Steuroption Vermögensbildung mit  
Riester-Rente unter Berücksichtigung  
der Abgeltungssteuer auf Zinserträge

Stephan **Rosenbrock**  
Ein Risikoausgleichsmodell zur Übertra-  
gung der Alterungsrückstellungen  
in der PKV

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

ÖSTERREICH

Hellmut Teschner | Peter Widlar | Walter  
Pöltner (Hrsg.)

## **Allgemeine Sozialversicherung ASVG Mit erläuternden Bemerkungen**

Grundwerk mit 111. Ergänzungslieferung  
Juli 2010

Manzsche Grosse Gesetzausgaben, Bd.  
39a  
Wien 2010  
6002 S., 319.05 €  
ISBN 978-3-214-14120-2

[www.manz.at](http://www.manz.at)

Andreas **Marschner**  
Rechtliche Absicherung der "Mischverwal-  
tung" in den sog. Job-Centern  
zum 01.01.2011:  
Neuorganisation von "Hartz IV"  
NWB 35/2010, 2803-2807

Bernd **Schiefer** | Axel **Borchard**  
Betriebliches Eingliederungsmanagement  
(BEM) - "Erste Eckpunkte"  
DB 34/2010, 1884-1887

# 15. Wirtschaftsrecht

Martin Krasney  
Das Insolvenzrecht  
und gesetzliche Krankenkassen  
NZS 8/2010, 443-449

FRANKREICH

Pascal Schütze

## **Gesetz zum Erhalt von Unternehmen vom 26. Juli 2005 Insolvenzvorbeugung in Frankreich**

Ansatz auch  
für das deutsche Insolvenzrecht?  
Rechtsvergleichender Länderbericht  
unter Berücksichtigung der Verordnung  
vom 18. Dezember 2008  
und seinem Anwendungsdekret  
vom 12. Februar 2009

Europäische Hochschulschriften - Reihe II,  
Bd. 4987

Frankfurt am Main 2010  
278 S., 52.80 €  
ISBN 978-3-631-60194-5

Das Interesse an ausländischen Insolvenzrechten hat in letzter Zeit - forciert durch die europäische Insolvenzverordnung - erheblich zugenommen. So bestätigt die Beobachtung aus der Praxis, dass sich einige Firmen dem Ausland mit sanierungsfreundlicheren Gesetzen zugewandt und Deutschland den Rücken gekehrt haben. Man kann durchaus von einem Wettbewerb um besonders reorganisationsfreundliche Gesetze innerhalb Europas sprechen. Dabei nimmt das französische Insolvenzrecht in Gestalt der Reformgesetze vom 26. Juli 2005 und 18. Dezember 2008 / 12. Februar 2009 eine Führungsrolle ein. Das französische sogenannte Recht der Unternehmen in Schwierigkeiten sieht das ordentliche Insolvenzverfahren nicht als Königsweg für hilfeschuchende Unternehmen, sondern will durch eine ganze Palette verschiedenster insolvenzvorbeugender Instrumente eine sich anbahnende Krise frühzeitig im Keim ersticken. In dieser Arbeit werden in einem ersten Schritt die Instrumentarien

der französischen Insolvenzprophylaxe dargestellt. Im Rahmen eines funktionalen Vergleichs werden dann in einem zweiten Schritt äquivalente Instrumente im deutschen Recht gesucht. Das französische Modell wird schließlich sowohl in seiner theoretischen Konzeption als auch in seiner Praxisrelevanz gewürdigt und es wird der Frage nachgegangen, welche dieser Mechanismen als Anregung an den deutschen Gesetzgeber oder sogar für eine (Teil-)Übernahme in die deutsche Insolvenzordnung in Betracht kommen.

Aus dem Inhalt:

- Vergleichende Betrachtung der historischen Entwicklung des französischen und deutschen Insolvenzrechts aus Sicht der Insolvenzvorbeugung
- Vergleichende Betrachtung der Ziele des französischen und deutschen Insolvenzrechts
- Insolvenzvorbeugung in Frankreich nach dem loi de sauvegarde des entreprises vom 26. Juli 2005
- Vorausschauende Finanzplanung
- Warnverfahren
- Mandat ad hoc
- Freiwillige Präventionspraktiken
- Schlichtungsverfahren
- Präventives Insolvenzverfahren
- Das deutsche System im Vergleich
- Antragsprinzip
- Lagebericht
- Beteiligungsrechte des Betriebsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten
- Verlustanzeige
- Frühwarnsystem
- Corporate Governance-Debatte
- Mediation im Insolvenzrecht
- Freie Sanierung über privatvertraglichen Vergleich und Insolvenzplan
- Eröffnungsgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit
- Bewertung der französischen Instrumentarien
- Französische Reform vom Dezember 2008 und Februar 2009.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

Manuel M. Meder

## **Die persönliche Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder und Directors in börsennotierten Aktiengesellschaften**

Eine vergleichende Untersuchung  
zum deutschen  
und US-amerikanischen Aktienrecht

Frankfurt am Main 2010  
238 S., 47.80 €  
Schriftenreihe zum Gesellschafts- und  
Kapitalmarktrecht, Bd. 33  
ISBN 978-3-631-59728-6

Die Unabhängigkeit eines Aufsichtsratsmitglieds stellt eine Voraussetzung für eine am Interesse der Gesellschaft ausgerichtete Überwachung des Vorstands dar. Allerdings bergen Interessenkonflikte, deren Ursprung verschiedener Art sein kann, die Gefahr in sich, dass sich das Aufsichtsratsmitglied bei seiner Amtsausübung von unternehmensfremden Zielen leiten lässt. Die Effektivität der Überwachungstätigkeit kann infrage gestellt sein, wenn keine hinreichende Distanz zwischen den Kontrolleuren und den zu Kontrollierenden gegeben ist, die Aufsichtsratsmitglieder demnach persönlich nicht unabhängig vom Vorstand sind. Aufgrund der Tatsache, dass die Diskussion über die Unabhängigkeit der Directors traditionell einen Schwerpunkt der US-amerikanischen Corporate Governance-Debatte bildet und dementsprechend weit fortgeschritten ist, lohnt sich in diesem Zusammenhang ein Blick über den Atlantik.

Aus dem Inhalt

- Aktiengesellschaft
- Corporation
- Aufsichtsrat
- Board of Directors
- Corporate Governance
- Managementkontrolle
- Persönliche Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder und Directors
- Rechtsvergleich

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

# 16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

Fabian Theurer

## Geldbußen im EU-Wettbewerbsrecht

Europäische Hochschulschriften  
Reihe 2  
Rechtswissenschaft Band 4930

Frankfurt am Main 2009  
342 S.  
ISBN 978-3-631-58797-3

Die Praxis der EU-Kommission, schwere Verstöße gegen die EG-Wettbewerbsregeln mit Geldbußen zu ahnden, hat stark an Bedeutung und Differenzierung gewonnen. Die Arbeit behandelt die rechtlichen Grundlagen der Sanktionen, die Entscheidungspraxis der Kommission und deren Prüfung durch die EU-Gerichte. Besondere Bedeutung haben die näher untersuchten Kommissions-Leitlinien zur Bußgeldbemessung. Das Sanktionsrecht wird daneben von Rechtsinstituten aus den mitgliedstaatlichen Strafrechtsordnungen durchdrungen. Ein Beispiel ist die mittäterschaftliche Zurechnung bei Kartellverstößen. Die Wirtschaftstheorie enthält eigene Ansätze im Sanktionsrecht. Die Arbeit prüft und verneint die Vereinbarkeit dieser Ansätze mit dem geltenden Recht.

Aus dem Inhalt:

- Grundlagen des EU-Wettbewerbs-sanktionsrechts
- Beschränkung des Sanktionsermessens durch Leitlinien und allgemeine Rechtsgrundsätze
- Vorhersehbarkeit und Transparenz
- Unternehmenshaftung und Verschulden
- Fortgesetzte Zuwiderhandlung
- Wirtschaftstheorie und Sanktionsrecht

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

Ulrich **Becker** | Thorsten **Kingreen**

Der Krankenkassenwettbewerb zwischen Sozial- und Wettbewerbsrecht. Zur geplanten Ausdehnung der Anwendung des GWB auf das Handeln der Krankenkassen  
NZS 8/2010, 417-423

Martin **Eifert**

Die gerichtliche Kontrolle der Entscheidungen der Bundesnetzagentur  
ZHR 4/2010, 449-485

Peter **Derleder**

Der Stopp der Gaspreiserhöhungen durch die Zivilrechtsprechung. Vorstellung und Analyse eines wundersamen Eingriffs, (Anmerkung zu AG Winsen/Luhe, U. v. 12.01.2010 - 18 C 861/09 - )  
KJ 3/2010, 292-306

Wolfgang Schön (Hrsg.)

Rechnungslegung und Wettbewerbschutz, Berlin 2008, ISBN 978-3-540-85374-9

Rezension:

Felix **Haendel** | Markus **Grottko**  
BFuP 4/2010, 463-466

Anton Plager

## Schutzzwecke des Lauterkeitsrechts

Entfaltung und Entwicklung  
zwischen 1909 und 2004

Europäische Hochschulschriften - Reihe II,  
Bd. 5058

Frankfurt am Main 2010

388 S., 62,80 €

Erscheinungstermin: Juli 2010

Bayreuth, Diss., 2009

ISBN 978-3-631-60108-2

Das Lauterkeitsrecht dient gemäß § 1 UWG dem Schutz der Mitbewerber, der Marktgegenseite und der Allgemeinheit. Diese Schutzzwecktrias ergibt sich keineswegs aus der Natur der Sache. Vielmehr ist sie historisch kontingent. Als in den Jahren 1896 und 1909 die ersten deutschen Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb erlassen wurden, galt als Schutzzweck dieses Rechtsgebiets allein der Mitbewerberschutz. Der

Schutz der Allgemeinheit, später auch der Verbraucherschutz wurden erst allmählich als eigenständige Schutzzwecke des Lauterkeitsrechts anerkannt. Gerade angesichts der aktuellen kontroversen Schutzzweckdiskussion auf europäischer Ebene erscheint es als Desiderat der Forschung, die Entwicklung und Entfaltung der wettbewerbsrechtlichen Schutzzwecktrias zu analysieren.

Inhalt:

- Die Bedeutung der Schutzzwecke im Wettbewerbsrecht
- Der Schutz der Interessen der Mitbewerber
- Die Entfaltung der Allgemeininteressen als Schutzzweck im Wettbewerbsrecht
- Schutz der Interessen der Marktgegenseite
- Die Entfaltung des Verbraucherschutzgedankens im Wettbewerbsrecht.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

Wolfgang Berlit

Wettbewerbsrecht

(SR: Reihe Praxis des Gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts)

7. Aufl., München 2009

ISBN 978-3-406-58103-8

Rezension: Simon **Klopschinski**

GRUR-Int. 8/9 2010, 775

LG Mannheim

Markenrechtliche Auskunftsansprüche in Eilverfahren

B. v. 02.02.2010 - 2 O 102/09 - (LS)

MarkenR 7-8/2010, 354

Ulrich **Soltész**

Belohnung für geständige Kartellsünder  
Erste Settlements im Europäischen Kartellrecht

BB 36/2010, 2123-2127

# 17. Gewerblicher Rechtsschutz

Nina C. Glimski

ÖSTERREICH | SCHWEIZ

## Das Veranstalterleistungsschutzrecht

Eine Analyse des im deutschen UrhG verankerten Schutzrechts einschließlich vergleichender Betrachtungen der österreichischen und der schweizerischen Rechtslage

Tübingen 2010  
500 S., 75.00 €  
Erscheinungstermin: August 2010  
ISBN 978-3-16-150503-4

Veranstalter künstlerischer Darbietungen setzen mittels ihrer Organisations- und Finanzierungsleistungen den notwendigen Rahmen für Live-Darbietungen ausübender Künstler. Das Veranstalterleistungsschutzrecht gemäß § 81 UrhG dient der Absicherung dieser regelmäßig erheblichen Investitionen von Veranstaltern vor Ausbeutung durch Dritte, welcher sie heute aufgrund vielfältiger Ton- und Bildaufzeichnungsmöglichkeiten ständig ausgesetzt sind, und ermöglicht ihnen über Eintrittsgelder hinaus wirtschaftlichen Nutzen aus ihren Leistungen zu ziehen. Nina Caroline Glimski untersucht erstmals systematisch das häufig kritisierte Veranstalterleistungsschutzrecht sowie dessen verwertungsgesellschaftliche Wahrnehmung und wirft dabei auch einen vergleichenden Blick auf die österreichische und schweizerische Rechtslage. Sie schließt mit Empfehlungen zur Optimierung des deutschen Schutzrechts in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht.

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Piotr Kostanski

POLEN

## Die Schutzwirkung des Patents nach polnischem Recht

Baden-Baden 2010  
518 S., 119.00 €  
Erscheinungstermin: September 2010  
ISBN 978-3-8329-5768-1

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

Ralf Uhrich

## Stoffschutz

Tübingen 2010  
500 S., 75.00 €  
Erscheinungstermin: September 2010  
ISBN 978-3-16-150458-7

Ralf Uhrich widmet sich einer der zentralen Fragestellungen des Patentrechts: dem Schutz chemischer Stoffe und dessen Ausgestaltung. Nach einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Geschichte des Stoffschutzes sowie den rechtsökonomischen Implikationen analysiert er umfassend die nationalen, europäischen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen. Untersuchungsgegenstand sind dabei neben chemischen auch biotechnologische, pharmazeutische sowie nanotechnologische Stoffe- und Stofferfindungen. Der Autor gelangt zu dem Ergebnis, dass weniger der absolute Stoffschutz selbst als vielmehr die Handhabung der Patenterteilungsvoraussetzung der erfinderischen Tätigkeit problematisch ist. Ausgehend davon entwickelt er einen technologieunabhängigen Lösungsansatz, der grundsätzlich am absoluten Stoffschutz festhält, gleichwohl aber diesen durch eine Neuausrichtung der Prüfung der erfinderischen Tätigkeit korrigiert.

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Stefan Alich

## Das Recht der Verwertungsgesellschaften in Lateinamerika

Eine Untersuchung der kollektiven Wahrnehmung von Musikrechten in Chile, Argentinien, Kolumbien und Mexiko unter urheberrechtlichen und kartellrechtlichen Gesichtspunkten

Baden-Baden 2010  
584 S., 119.00 €  
ISBN 978-3-8329-5515-1

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

Benjamin Schröer

## Der unmittelbare Leistungsschutz

Tübingen 2010  
507 S., 79.00 €  
ISBN 978-3-16-150488-4

Lego-Bausteine, Modeneuheiten oder Leistungen ausübender Künstler – immer wieder kommt es zur Nachahmung geistiger Güter, die nicht von den gesetzlich geregelten Immaterialgüterrechten erfasst werden. Darf in derartigen Konstellationen ein Schutz gegen das „Schmarotzen an der fremden Leistung“ gewährt werden? Die Rechtsprechung hat diese Frage bis heute nicht klar beantwortet. Benjamin Schröer weist nach, dass die Gerichte ihr eigenes dogmatisches Konzept eines Numerus Clausus der Immaterialgüterrechte nicht durchhalten, sondern im Gewand des wettbewerbsrechtlichen Nachahmungsschutzes Ersatzausschließlichkeitsrechte gewähren. Dies ruft Wertungswidersprüche hervor. Der Autor stellt der Rechtsprechung deshalb ein Alternativkonzept gegenüber, das einen Schutz außerhalb der Sonderschutzrechte zwar grundsätzlich zulässt, diesen jedoch mit den Wertungen der gesetzlichen Immaterialgüterrechte in Einklang zu bringen sucht.

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Dominik Keilbach | Werner Nann

CHINA

## The Chinese Property Rights Law 2007

Immobilienbewertung & Immobilienrecht bei internationalen Investitionen; Bd. 4

Berlin 2010  
60 S., 31.00 €  
Erscheinungstermin: 31.08.2010  
ISBN 978-3-8325-2532-3

[www.logos-verlag.de](http://www.logos-verlag.de)

# 18. Steuerrecht

Stefan **Rolletschke** | Daniela **Jope**  
Das neue "Selbstanzeigerecht" (zugl.  
Anmerkung zu BGH, B. v. 20.05.2010  
- 1 StR 577/09 - )  
StRR 8/2010, 288-291

Gerd Morgenthaler | Friederike Frizen  
Christian Trottmann

## Klausuren aus dem Steuerrecht

München 2010  
167 S., 20.00 €  
ISBN 978-3-8006-4084-3

Das Werk bietet nicht nur Studenten der Rechts- und Betriebswissenschaften und Rechtsreferendaren mit Pflicht- oder Wahlfach Steuerrecht die optimale Examensvorbereitung. Auch junge Praktiker können sich mithilfe dieses Werkes in das Rechtsgebiet des Steuerrechts einarbeiten.

Im Mittelpunkt der vorliegenden steuerrechtlichen Fallsammlung stehen die einkommenssteuerrechtliche Veranlagung und die hiermit verbundenen Fragen des Steuerverfahrensrechts. Zudem enthalten alle Lösungen weiterführende Erläuterungen und Vertiefungshinweise.

Die Klausuren entsprechen im Niveau den Wahlfachklausuren der Ersten Juristischen Staatsprüfung und wurden auf den Rechtsstand Ende 2007 gebracht. Hinweise auf die Rechtslage nach der Unternehmenssteuerreform wurden bereits eingearbeitet.

[www.vahlen.de](http://www.vahlen.de)

Bundesministerium der Finanzen

## Amtliches Einkommensteuerhandbuch 2010

Stuttgart 2010  
2512 S., 19.50 €  
Erscheinungstermin: 03.03.2011  
ISBN 978-3-415-04554-5

[www.boorberg.de](http://www.boorberg.de)

Olaf Thießen

## Dreiecksverhältnisse im Internationalen

Steuerrecht unter Beteiligung  
doppelt ansässiger Kapitalgesellschaften

Trierer Studien zum Internationalen  
Steuerrecht, Bd. 10

Frankfurt am Main 2010  
195 S., 47.80  
ISBN 978-3-631-60333-8  
Erscheinungstermin: August 2010

Steuerrechtlich doppelt ansässige Gesellschaften unterliegen in zwei Staaten der unbeschränkten Steuerpflicht und sind besonders auf Vorschriften zur Vermeidung von Mehrfachbesteuerung angewiesen. Bestehende Vorschriften verursachen jedoch besondere Probleme, vor allem in Dreiecksachverhalten. In diesem Buch werden daher die Anwendbarkeit unilateraler deutscher Vorschriften und von Doppelbesteuerungsabkommen auf doppelt ansässige Gesellschaften untersucht. Verbleibende Doppelbesteuerung sowie möglicher Missbrauch werden aufgezeigt. Die Untersuchung zeigt, dass bestehende Vorschriften für eine Lösung dieser Probleme nur wenig ergänzt werden müssen. Vor dem Hintergrund neuer gesellschaftsrechtlicher Entwicklungen in Deutschland und Europa sollten Staaten doppelt ansässige Gesellschaften nicht mehr pauschal unter Missbrauchsverdacht stellen.

### Inhalt

- Entstehung
- Anwendbarkeit unilateraler deutscher Vorschriften zur Vermeidung von Doppelbesteuerung
- Anwendbarkeit von Doppelbesteuerungsabkommen im bilateralen und im Dreiecksverhältnis
- Verbleibende Doppelbesteuerung und Lösungsvorschläge zu deren Vermeidung
- Missbrauchsmöglichkeiten und deren Verhinderung.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

ÖSTERREICH

Franz Wassermeyer | Michael Lang  
Josef Schuch (Hrsg.)

## Doppelbesteuerung

OECD-MA, DBA Österreich-Deutschland

2. Aufl., Wien 2010  
2422 S., 198.00 (AT)  
ISBN 978-3-7073-1729-9

OECD-MA UND DBA ÖSTERREICH  
DEUTSCHLAND

Das umfangreiche Werk Doppelbesteuerung enthält unter anderem eine ausführliche Kommentierung des OECD-Musterabkommens - in erster Linie aus der Feder von Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Wassermeyer - sowie eine Kommentierung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Deutschland und Österreich. Wie sich gezeigt hat, ist für den österreichischen Rechtsanwender das OECD-Musterabkommen und das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich von großem Interesse. Daher freuen wir uns, dass sich die Verlage C.H. Beck (München) und Linde (Wien) entschlossen haben, die Kommentierung des OECD-Musterabkommens und des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Deutschland und Österreich bereits in 2. Auflage herauszubringen.

[www.lindeverlag.at](http://www.lindeverlag.at)

### Jörg Ramb

Praxisleitfaden: Die Behandlung der Zugewinnngemeinschaft nach § 5 ErbStG. Zivilrechtliche- und erbschaftsteuerrechtliche Darstellung  
NWB 35/2010, 2808-2824

### Marcus Geuenich

Strafbefreiende Selbstanzeige - macht jetzt auch der Gesetzgeber "reinen Tisch"?  
BB 36/2010, 2148-2154

### BFH

Betreten einer Wohnung durch ermittelnde Finanzbeamte  
B. v. 03.05.2010 - VIII B 71/09 - mit Anmerkung: Roswitha Prowatke  
BB 36/2010, 2154-2156

# 19. Umwelt | Agrar | Energie

Institut für Energierecht

## 39. Energierechtliche Jahrestagung 04.11.2010, Köln

Die 39. Jahrestagung des Instituts für Energierecht an der Universität zu Köln nimmt auch in diesem Jahr wieder die brennendsten Themen aus dem Energierecht in den Blick und erörtert diese aus Sicht der Unternehmen, der Versorger, der Bundesregierung, der Wissenschaft sowie der Praxis.

Programm

- Probleme der Rekommunalisierung aus Sicht der Kommunen am Beispiel der Freien und Hansestadt Hamburg
- "Exemptions im Gasbereich"
- "Aktuelle Entscheidungen des 3. Kartellsenats des OLG Düsseldorf zum Energierecht"
- „Die rechtlichen Dimensionen der Akzeptanzprobleme beim Leitungs(aus)bau“
- „Energiehandel, Marktmacht und Börse“
- „Probleme des neuen Energiekompetenztitels in Art. 194 AEUV“
- „Zur Marktabgrenzung auf dem Strom- und Gasmarkt aus der Sicht des Bundeskartellamtes“
- „Rechtliche Probleme langfristiger Kapazitätsbuchungen beim Gastransport“

[www.energierecht.uni-koeln.de](http://www.energierecht.uni-koeln.de)

EuGH

Ein Dienstleistungsauftrag ist auch dann ausschreibungspflichtig, wenn die ortsnahe Entsorgung der Abfälle verlangt wird  
U. v. 21.01.2010 - Rs. C-17/09 -  
GK/BW 8/2010, 189-190

Frank Biermann

Bernd Siebenhüner (Hrsg.), *Managers of Global Change. The Influence of International Environmental Bureaucracies*, Cambridge 2009

Rezension: Daniel **Mittler**  
VN 4/2010, 187

Kristina Schreiber

## Zusammenpiel der Regulierungsinstrumente in den Netzwirtschaften Telekommunikation, Energie und Eisenbahnen.

Zum Verhältnis der vor- und nachgelagerten sektorspezifischen Regulierungsinstrumente zueinander und zu den Missbrauchsverboten des allgemeinen Wettbewerbsrechts

Schriftenreihe Energie- und Infrastrukturrecht, Bd. 16

München 2009  
234 S., 48,00 €  
ISBN 978-3-406-59802-9

Die Regulierungsformate in den Netzwirtschaften Telekommunikation, Energie und Eisenbahnen unterliegen der fortwährenden - zumeist "aus Brüssel" initiierten - Diversifizierung. Die Entwicklung konsistenter und effektiver Regulierungsformate ist dabei angewiesen auf die Beachtung des Zusammenwirkens der Regulierungsinstrumente untereinander. Erheblich ist zudem der Einfluss der Instrumente des EG- und des nationalen Wettbewerbsrechts: Erst jüngst zeigte die Kommission, wie im Wege der Verpflichtungszusagen unter Anwendung der EG-Wettbewerbsvorschriften ihr politisch nicht in der gewünschten Schärfe durchgesetztes Instrument der eigentumsrechtlichen Entflechtung Verwirklichung finden kann.

Vor diesem Hintergrund analysiert das vorliegende Werk das Zusammenwirken der sektorspezifischen Regulierungsinstrumente untereinander am Beispiel der Netzzugangsregulierung in den drei Netzwirtschaften - systematisierend werden Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und Ansätze für eine konsistente Fortentwicklung der Regulierungsformate aufgezeigt. Darüber hinaus wird der Einfluss der allgemeinen Missbrauchsverbote des Wettbewerbsrechts und die Beeinflussung dieser Instrumente durch die

sektorspezifischen Regulierungsinstrumente untersucht. Auf dem Fundament dieser am materiellen Recht orientierten Analyse werden Lösungsansätze für aktuelle Regulierungsdebatten aufgezeigt.

Für Juristen, Betriebs- und Volkswirte, insbesondere in Netzwirtschaftsunternehmen, Unternehmens- und Energieberater, Rechtsanwälte, Richter, Ministerien und Kartellbehörden

[www.beck-shop.de](http://www.beck-shop.de)

Ulrich Drost

## Das neue Wasserrecht Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Verordnung zum Umgang  
mit wassergefährdenden Stoffen  
(VUmWS)

Kommentare mit Vorschriftensammlung  
zum Europa- und Bundesrecht

Stuttgart 2010  
ca. 2100 Seiten, 148,00 €  
ISBN 978-3-415-04483-8

Das Werk widmet sich insbesondere der wasserrechtlichen Vollzugspraxis. Es bietet praxisgerechte Kommentierungen und eine an den Belangen des Verwaltungsvollzugs ausgerichtete Vorschriftensammlung.

- Band I (WHG-Kommentar) beinhaltet bereits bei Erscheinen einen Vollkommentar zu den neuen Regelungen des WHG.
- Band II (Vorschriftensammlung zum Europa- und Bundesrecht) enthält für den gesamten Bereich des Wasserrechts relevante Regelungen.

Band III (VUmWS – Kommentar und Vorschriftensammlung) wird im Rahmen einer Ergänzungslieferung zeitnah zum Erlass der VUmWS nachgeliefert und kommentiert die entsprechenden Regelungen.

[www.boorberg.de](http://www.boorberg.de)

# 19. Umwelt | Agrar | Energie

Lexxion Verlag



Berliner Abfallrechtstage 2010

25. & 26. November 2010

Wie wir bereits im letzten AbfallR-Newsletter angekündigt haben, finden am **25. und 26. November 2010** unsere Berliner Abfallrechtstage statt. Die Konferenz bietet Ihnen an zwei Tagen aktuelle Beiträge zur Umsetzung der EG-Abfallrahmenrichtlinie und insbesondere zum neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG).

Die Eröffnungsrede hält MinR Frank Petersen (BMU), der den aktuellen Stand des Referentenentwurfs des neuen KrWG vorstellen wird. Es folgen Impulsreferate zu Schwerpunktthemen des Gesetzes wie z.B. dem Abfallbegriff und dem Ende der Abfalleigenschaft sowie weitere Vorträge. In diesem Rahmen bieten wir unseren Teilnehmern – wie in jedem Jahr – Gelegenheit, die vorgestellten Themen und Beiträgen ausführlichen zu diskutieren.

Nutzen Sie die Möglichkeit zum regen Meinungsaustausch mit unseren Experten aus Industrie und Wirtschaft, Verwaltung und Anwaltschaft! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Weitere Themen und Referenten im Überblick:

## Umsetzung der Abfallhierarchie

... aus Sicht des Vollzugs  
Thomas Buch

... aus Sicht der Recycling-Unternehmen  
Manuela Hurst

... aus Sicht der Verbrenner  
Carsten Spohn

## Das kommunale Entsorgungsmodell Überlassungspflichten

... Neubestimmung des Spielraumes für die privatwirtschaftliche Entsorgung  
Martin Diekmann

... Bewertung aus Sicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger  
Gerald Leinius

Sowie Vorträge zur Wertstofftonne, Produktverantwortung und Entsorgungspflichten mit u.a. folgenden Referenten  
Staatssekretär a.D. Clemens Stroetmann, Prof. Versteyl Rechtsanwälte, Berlin  
Dr. Holger Thärichen, Gaßner Groth Siederer Coll., Berlin  
Prof. Dr. Andrea Versteyl, Redeker, Sellner Dahs & Wittmaier Rechtsanwälte, Berlin

Das detaillierte Programm sowie unser Anmeldeformular finden Sie ab September auf unserer Webseite

[www.lexxion.de/konferenzen](http://www.lexxion.de/konferenzen)

Ingo Zakrzewski

## Umweltschutzbezogene Verbraucherinformationen durch das Umweltzeichen "Der Blaue Engel"

Eine rechtliche Analyse  
unter besonderer Berücksichtigung  
des Verbraucherschutzrechtes

Europäische Hochschulschriften - Reihe II,  
Bd. 5007

Frankfurt am Main 2010  
345 S., 59.80 €  
ISBN 978-3-631-60255-3

Das Umweltzeichen «Der Blaue Engel» ist in Deutschland das bekannteste Kennzeichen für umweltfreundliche Produkte. Seine Vergabe erfolgt auf Grundlage ministerieller Richtlinien unter Beteiligung des RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V., einer vom Bundesumweltminister berufenen Jury Umweltzeichen sowie des Umweltbundesamtes. Ausgehend von der

wirtschaftlichen Bedeutung untersucht der Autor in seiner Arbeit die Frage, wie die Vergabe des «Blauen Engels» rechtlich ausgestaltet und ob sein Einsatz zulässig ist. Die Analyse geht dabei sowohl auf die verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Einsatz des Zeichens als solches als auch auf die lauterkeitsrechtlichen Grenzen für die Werbung mit dem «Blauen Engel» ein. Ferner wird erörtert, in welchem Umfang das Zeichen rechtlichen Schutz genießt und inwieweit ihm eine gewährleistungsrechtliche Bedeutung zukommt.

Aus dem Inhalt

- Das Umweltemblem der UNO als Grundlage des «Blauen Engels»
- Die wirtschaftliche Bedeutung des «Blauen Engels»
- Rechtlicher Schutz des «Blauen Engels»
- Die rechtliche Ausgestaltung des Kennzeichnungssystems «Blauer Engel»
- Zulässigkeit und Grenzen der Zeichenvergabe
- Lauterkeitsrechtliche Anforderungen und Grenzen für die Verwendung des «Blauen Engels» als Werbeinstrument - «Blauer Engel» und kaufvertragliches Mängelrecht.

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

Alexander **Proelß**

Ursula **Blanke-Kießling**

Der Verwaltungsvertrag als Handlungsform der Naturschutzverwaltung. Bemerkungen zu § 3 Abs. 3 BNatSchG 2010  
NVwZ 16/2010, 985-990

Christoph **Richter**

Die Behandlung mehrerer Biomasseanlagen im EEG 2009. Zugleich Erwiderung auf Schomerus, NVwZ 2010, 549  
NVwZ 16/2010, 1007-1010

## 20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Manfred Blank

### Bausträgervertrag

RWS-Vertragskommentar, Bd. 1

4. Aufl., Köln 2010

400 S., 69.00 €

Erscheinungstermin: November 2010

ISBN 978-3-8145-2639-3

Dieser RWS-Vertragskommentar stellt den Bausträgervertrag in seinen verschiedenen Stufen und Erscheinungsformen dar. Er deckt damit einen Großteil der im Bausträgerbereich in Frage kommenden Sachverhalte und Fragen ab. Auf der Grundlage eines Standardbausträgervertrags erläutert der Autor anhand weiterer Muster, wie sich die Vertragsgestaltung an dem jeweiligen Grundbuch- und dem Bautenstand zu orientieren hat.

Auch die Neuauflage dieses Standardwerkes zum Bausträgervertrag enthält wieder Muster von Bausträgerverträgen. Diese sind angepasst an Änderungen des § 632 a BGB im Rahmen des Forderungssicherungsgesetzes (FoSiG). Neu ist auch eine Miteigentümergeinschaft über Wegeflächen, an denen Miteigentumsanteile bestehen. Eingearbeitet ist die Rechtsprechung bis einschl. März 2010 sowie zwei Muster über Teilungserklärungen als Grundlage für die entsprechenden Verträge.

Das Werk eignet sich außerdem bestens für die Vorbereitung zur notariellen Fachprüfung, die erstmals im Oktober 2010 stattfindet und u.a. auch Klausuren zum Bausträgervertragsrecht beinhaltet. Der Autor ist Prüfer und Referent bei entsprechenden Vorbereitungsseminaren

[www.rws-verlag.de](http://www.rws-verlag.de)

Carsten Wilke Norderstedt

### Rechtsprechung Mietrecht

Praxisrelevante Entscheidungen  
des Bundesgerichtshofs für Vermieter  
und Mieter

Books on Demand 2010

108 S., 9.90 €

ISBN 978-3-8391-8259-8

Für jeden Vermieter von Immobilien, sei es als privater Vermieter oder als professionelles Immobilienunternehmen, ist die Kenntnis aktueller höchstrichterlicher Rechtsprechung von größter Bedeutung. Zum einen ergeben sich hieraus oftmals Verbesserungen der eigenen Rechtslage, welche man kennen muss, um sie zu nutzen, zum anderen hilft einem die Kenntnis bei der fundierten Argumentation bei Auseinandersetzungen mit den Mietern. Gleiches gilt für Mieter, welche ihre Rechte kennen sollten, um sich nicht z. B. von professionellen Vermietern übervorteilen zu lassen. Hier setzt dieses Fachbuch an. Sowohl dem Mieter, als auch dem Vermieter soll in komprimierter Form das nötige Wissen über die aktuelle Rechtsprechung vermittelt werden. Die einzeln dargestellten Entscheidungen des BGH können im Internet unter [www.Bundesgerichtshof.de](http://www.Bundesgerichtshof.de) im Volltext abgerufen werden. Hierbei hilft das Buch durch praxisorientierte Darstellung der jeweiligen Inhalte, zahlreiche Beispiele, Praxistipps und Darstellung wesentlicher Gesetznormen. Die Materie wird praxisnah und chronologisch strukturiert aufbereitet.

[www.book-on-demand.de](http://www.book-on-demand.de)

Rainer Eich | Anke Eich

### Gebäudetechnik

Köln 2010,

300 S., 48.00 €

Erscheinungstermin: November 2010

ISBN 978-3-8041-8853-2

[www.werner-verlag.de](http://www.werner-verlag.de)

Mischa Hecker

### Business Improvement Districts in Deutschland

Berlin 2010

289 S., 68.00 €

Schriften zum Öffentlichen Recht,

Bd. 1165

ISBN 978-3-428-13337-6

Was sind Business Improvement Districts und warum sind sie auch für Deutschland attraktiv? Welche rechtlichen Fragen wirft die Implementierung von Business Improvement Districts auf? Von diesen Fragen ausgehend, entwickelt Mischa Hecker einen grundsätzlich neuen, systematischen Zugang zu einer praxisgerechten Umsetzung dieses angelsächsischen Modells in Deutschland. Beantwortet werden darüber hinaus zentrale Fragen dieses für die deutsche Stadtentwicklung neuen Ansatzes.

Business Improvement Districts setzen die Mitwirkung und die Abgabepflichtigkeit der Gebietsakteure voraus. Der Erlass einer Abgabensatzung ist jedoch nur in finanzverfassungsrechtlich determinierten Grenzen möglich. Zudem stellen sich weitere grundlegende verfassungs-, vergabe- und beihilferechtliche Fragen, mit denen der Autor sich systematisch auseinandersetzt. Neben einer umfassenden rechtsdogmatischen Aufarbeitung von Business Improvement Districts enthält die Arbeit zugleich Hinweise für ihre praxistaugliche Umsetzung.

[www.duncker-humblot.de](http://www.duncker-humblot.de)

Stefan Muckel

### Öffentliches Baurecht

München 2010

250 S., 19.50

Erscheinungstermin: August 2010

ISBN 978-3-406-60604-5

[www.beck-shop.de](http://www.beck-shop.de)

## 21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

Angela Metzmacher

### Der Schadensausgleich des Probanden im Rahmen klinischer Arzneimittelprüfungen

Düsseldorfer Rechtswissenschaftliche  
Schriften, Bd. 85

Baden-Baden 2010  
264 S., 69.00 €  
ISBN 978-3-8329-5445-1

Werden bei der klinischen Erprobung eines Arzneimittels Studienteilnehmer an Körper oder Gesundheit verletzt, sehen sich die Geschädigten einem komplexen Geflecht potentieller Anspruchsgegner gegenüber gestellt. Hierzu zählen neben dem Prüfarzt bzw. der Prüfinstitution vor allem der Arzneimittelhersteller („Sponsor“) sowie die mit der Bewertung der Studie befasste Ethik-Kommission und die Bundesoberbehörde. Da ihre Haftung jedoch stets ein Verschulden voraussetzt, kann allein auf diesem Wege ein hinreichender Schadensausgleich nicht gewährleistet werden. Von besonderer Bedeutung ist daher die verschuldensunabhängige Einstandspflicht der zugunsten der Versuchspersonen abzuschließenden Probandenversicherung.

Das Werk bietet einen aktuellen sowie kompakten Überblick über die Ansprüche des im Rahmen einer klinischen Arzneimittelprüfung geschädigten Probanden. Die Verfasserin geht hierbei insbesondere auch der Frage nach, inwiefern trotz des Zusammenspiels von Verschuldenshaftung und der verschuldensunabhängig gewährten Versicherungsleistung Lücken verbleiben, welche einen adäquaten Schadensausgleich des Probanden gefährden können.

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

BGH

Präimplantationsdiagnostik zur Feststellung genetischer Schäden eines extrakorporal erzeugten Embryos  
U. v. 06.07.2010 - 5 StR 386/09 -  
mit Anmerkung: Ulrich **Schroth**  
NJW 36/2010, 2672-2677

Florian Drevs

### Weiterentwicklung gesundheitspolitischer Reformkonzepte und deren Auswirkungen auf Gesundheitsdienstleister

Schriften zur öffentlichen Verwaltung und  
öffentlichen Wirtschaft, Bd. 217

Berlin 2010  
106 S., 29.00 €  
ISBN 978-3-8305-1765-8

Eine Analyse der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der zukünftigen Weiterentwicklung der Gesundheitssysteme ist unumgänglich, um das Potential für Effizienz- und Qualitätsgewinne und die gegenwärtigen und zukünftigen Wettbewerbsbedingungen von Unternehmen auf dem Gesundheitsmarkt auszuloten. Thesen geleitet wird in mehreren wissenschaftlichen Beiträgen zu wissenschaftlich und gesundheitspolitisch kontroversen Themen Stellung genommen.

Es wird gezeigt, dass der durch die Entwicklung eines Europäischen Binnenmarktes für Gesundheitsdienstleistungen steigende Wettbewerbsdruck, positive Effekte auf das Angebot und die Qualität von Gesundheitsleistungen haben wird, von dem Anbieter mit einem marktorientierten Management profitieren können. Auf nationaler Regelebene wird aus Effizienzüberlegungen, sowie auch unter der Berücksichtigung distributiver Effekte für ein System privater Krankenversicherungen plädiert. Mit Hinblick auf die These „Prävention spart Kosten“ wird eine kritische Betrachtung der Finanzierungseffekte durch Präventionsmaßnahmen in den bestehenden umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen vorgenommen.

Bei gesundheitsökonomischen, sowie betriebswirtschaftlichen Evaluationen von Produktinnovationen im Gesundheitswesen wird eine stärker präferenzorientierte ökonomische Bewertung vorgestellt. Damit gibt das Buch dem Leser teilweise

überraschende neue wirtschaftswissenschaftlich fundierte Erkenntnisse, welche gängigen sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Meinungen widersprechen.

[www.bwv-verlag.de](http://www.bwv-verlag.de)

BVerwG

Nachzulassung von Arzneimittel  
U. v. 18.03.2010 - 3 C 19/09 -  
NVwZ-RR 16/2010, 645-646

BVerwG

Wirksamkeit und Unbedenklichkeit  
eines homöopathischen Arzneimittels  
U. v. 18.05.2010 - 3 C 25/09 - (LS)  
NVwZ-RR 16/2010, 647

Thomas Schlegel

### Medizin- und Gesundheitsrecht

Stuttgart 2010. 150 S.

Erscheinungstermin: September 2010

ISBN 978-3-17-021536-8

Das Werk erläutert komprimiert und verständlich das Medizinrecht und die rechtlichen Grundlagen des Gesundheitswesens und gibt für Studenten Klausurtipps und für Praktiker Hinweise zur Lösung von Problemen im Praxisalltag. Das Buch stellt die wesentlichen rechtlichen Aspekte der medizinischen Behandlung dar und erläutert das Arzneimittel-, Hilfsmittel- und Werberecht sowie das komplexe Recht der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung.

Die beiliegende CD enthält u. a. eine Hörfassung des Buchinhalts (MP3), die wesentlichen, im Buch in Bezug genommenen Urteile und Vorschriften sowie interaktive Fälle und Multiple-Choice-Tests zur Überprüfung des Gelernten.

[www.kohlhammer.de](http://www.kohlhammer.de)

## 22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

Walter Seitz | German Schmidt

### Der Gegendarstellungsanspruch

Presse, Film, Funk, Fernsehen  
und Internet

NJW-Praxis; Band 33

4. Aufl., 2010  
408 S., 48,00 €  
ISBN 978-3-406-59635-3

Das Werk behandelt alle für Presse, Hörfunk, Fernsehen, Film und Internet typischen Problembereiche aus der Sicht des mit dem Fall betrauten Rechtsanwalts. Anhand von Checklisten können die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen ohne großen Zeitaufwand überprüft werden, Mustertexte z. B. eines Anspruchsschreibens, Ablehnungsschreibens oder Klageantrags erleichtern den praktischen Umgang mit der Materie.

- Über 250 Entscheidungen eingearbeitet
- Mit Checklisten und Mustern
- Erstmals auch zum Äußerungsrecht im Internet
- Rechtliche Grundlagen
- Parteien des Gegendarstellungsanspruchs
- Materielle Voraussetzung des Gegendarstellungsanspruchs
- Abgrenzung Tatsachenbehauptung - Meinungsäußerung
- Inhalt des Gegendarstellungsanspruchs
- Prozessvoraussetzungen
- Gerichtliches Verfahren
- Rechtsbehelfe und Zwangsvollstreckung
- Gegendarstellung in ausländischen Medien
- Anhänge, Gesetze, Checklisten, Muster

Zwei Bundesländer haben ihre Gesetze für die Presse und die neuen Medien in einem einheitlichen Mediengesetz zusammengelegt. Auch spielen die neuen Medien eine immer stärkere Rolle. Insbesondere ist das Internet mit seinen vielfältigen Möglichkeiten zu

Verletzungen des Persönlichkeitsrechts sehr stark nach vorne gerückt. Fragen zu Gegendarstellungen nach Äußerungen im Internet sind deshalb sehr umfassend eingearbeitet. Das Werk wurde auch insgesamt umfassend überarbeitet. Viele gesetzliche Regelungen sind geändert oder neu geschaffen worden. Die den Gegendarstellungsanspruch regelnden Normen im Anhang sind auf den neuesten Stand gebracht. Eingearbeitet sind dabei rund 250 Entscheidungen, u.a. die Frage der Behandlung mehrdeutiger Äußerungen. Prof. Dr. Walter Seitz war jahrelang Vorsitzender des Pressesenats am OLG München, Dozent an der Ludwig Maximilian Universität in München und ist vielfach als Autor zum Presserecht hervorgetreten.

[www.beck-shop.de](http://www.beck-shop.de)

DeutscherAnwaltVerein

### DAV-Forum Datenschutz Privatsphäre in der gloablen Informationsgesellschaft Ist der Datenschutz noch zu retten?

27.10.2010, Berlin

Ziel des vom DAV im Herbst geplanten Forums soll es sein, anhand ausgewählter Beispiele zu hinterfragen, ob das BDSG seinen Aufgaben überhaupt noch gerecht wird. Es soll darüber diskutiert werden, ob das BDSG einer grundlegenden Novellierung bedarf, wobei auf der Veranstaltung auch mögliche Lösungsansätze aufgezeigt werden sollen.

Insbesondere werden auf der Veranstaltung die sozialen Netzwerke, wie Facebook, StudiVZ, SchülerVZ, Xing sowie Google Latitude und Street View genauer betrachtet. Soziale Netzwerke stellen einen Brennpunkt der datenschutzrechtlichen Diskussion dar. Gerade soziale Netzwerke verdeutlichen, welche Chancen, aber auch Gefahren und Risiken

mit der Nutzung neuer Technologien und Dienste verbunden sind.

Ebenfalls werden auf dem Forum die Bewertungsportale, Foren und Bloggs unter dem Aspekt Datenschutz vs. Meinungsfreiheit begutachtet. Das Thema hatte bereits die Rechtsprechung beschäftigt (BGH, Urt. v. 23.06.2009, VI ZR 196/08 – spickmich.de). Im Zusammenhang mit diesem Thema wird darüber zu sprechen sein, ob Medieninhalte über das BDSG reguliert werden sollen.

Als Lösungsansätze werden auf der Veranstaltung eine mögliche Stiftung Datenschutz sowie eine grundlegende Novellierung des BDSG genannt.

Aus dem Programm

- Fällt der Datenschutz durch die sozialen Netzwerke?
- Datenschutz und Meinungsfreiheit:
- Regulierung von Medieninhalten über das BDSG?
- Stiftung Datenschutz
- Ist das Verbotssprinzip noch zeitgemäß?

[www.anwaltverein.de](http://www.anwaltverein.de)

Georg **Borges**

Pflichten und Haftung beim Betrieb privater WLAN  
(BGH, U. v. 12.05.2010 - I ZR 121/08 - )  
NJW 36/2010,2624-2627

Dirk Heckmann (Hrsg.)  
Internetrecht. (SR: Juris Praxiskommentar),  
2. Aufl. mit Online-Zugang  
Saarbrücken 2009  
ISBN: 978-3-938756-63-8  
Rezension : Jens **Gruhl**  
DIE JUSTIZ 8/2010, 288-289

OLG Hamburg  
Dateiregelung;  
Datenverarbeitung für Zwecke des Strafverfahrens; Löschung gespeicherter Daten; Speicherung für Zwecke künftiger Strafverfahren; Einzelfallbearbeitung; weitere Datenspeicherung; erneuter, gleich gelagerter Tatvorwurf  
B. v. 27.11.2009 - 12 VAs 5/09 -  
OLGSt-Fundstelle:  
StPO § 483 Nr.2

## 23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

Jürgen Basedow | Oliver Remien  
Manfred Wenckstern

### Europäisches Kreditsicherungsrecht

Symposium im Max-Planck-Institut  
für ausländisches  
und internationales Privatrecht  
zu Ehren von Ulrich Drobnig  
am 12. Dezember 2008

Tübingen 2010  
183 S., 64.00 €  
ISBN 978-3-16-150192-0

Zu den Voraussetzungen für einen europäischen Markt der Kreditversorgung gehören Kreditsicherheiten, die europaweit Anerkennung finden. Dies setzt eine gewisse Harmonisierung voraus. Sie ist in den einzelnen Bereichen der persönlichen und dinglichen Kreditsicherheiten unterschiedlich weit gediehen. Am 12. Dezember 2008 fand im Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht eine Tagung statt, auf der eine Bestandsaufnahme des Erreichten vorgetragen und Perspektiven für die Zukunft entwickelt wurden. Das Symposium war Ulrich Drobnig zum 80. Geburtstag gewidmet, der selbst maßgeblich an verschiedenen Harmonisierungsprojekten im Bereich des Kreditsicherungsrechts mitgewirkt hat. Die Autoren des Buches wenden sich in ihren Beiträgen den persönlichen Sicherheiten von Bürgschaft und Garantie, den Mobiliarsicherheiten, den Immobiliarsicherheiten und insbesondere der Eurohypothek sowie dem Recht der Abtretung zu. Neben materiellrechtlichen kommen dabei auch kollisionsrechtliche Aspekte, neben der rechtlichen Dimension auch die ökonomische Funktion und Bewertung zur Sprache.

Inhaltsübersicht:

Jürgen **Basedow**  
Einleitung

Matthias E. **Storme**  
Die Harmonisierung der persönlichen Sicherheiten in Europa

Karl **Kreuzer**  
Die Harmonisierung des Rechts  
der Mobiliarsicherheiten

Tatjana **Josipovic**  
Die Harmonisierung der Immobiliarsicherheiten: Die Eurohypothek  
Modell zur Integration des Hypothekarkreditmarkts der EU

Franco **Ferrari**  
Die Vereinheitlichung des Abtretungsrechts als Spiegel der  
Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts im Allgemeinen

Eva-Maria Kieninger  
Die Vereinheitlichung des Kollisionsrechts der Abtretung

Hans-Jürgen **Lwowski**  
Ökonomische und rechtliche Anforderungen an ein optimal funktionierendes Mobiliarkreditsicherungsrecht aus der Sicht der Praxis

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Daniel **Rubner** | Dieter **Leuering**  
Neue Verjährungsregeln  
bei Organhaftung  
NJW-Spezial 17/2010, 527-528

OLG Frankfurt  
Zum Umfang der Beratungspflichten einer Bank gegenüber einem kommunalen Unternehmen bei Zinsswap-Geschäften; "Deutsche Bank"  
U. v. 04.08.2010 - 23 U 230/08 -  
ZIP 34/2010, 1637

OLG Karlsruhe  
Benachteiligung wegen einer Behinderung; Ablehnung einer Krankenhaus-zusatzversicherung  
U. v. 27.05.2010 - 9 U 156/09 -  
NJW 36/2010, 2668-2672

Daniela Kleinheisterkamp

### Kreditwesengesetz und Strafverfahren

Zur Bedeutung  
des "nemo-tenetur"-Prinzips  
für das bankaufsichtliche Verfahren

Tübingen 2010  
ca. 510 S., 70.00 €  
ISBN 978-3-16-150251-4

"Nemo tenetur se ipsum accusare" - die Gefahr einer Selbstbelastung besteht heute kaum noch in repressiven Verfahren, sondern vielmehr in vorgelagerten oder parallel geführten Verwaltungsverfahren. Dies kann insbesondere im bankaufsichtlichen Verfahren der Fall sein, in dem die Bankaufsichtsbehörden Auskunfts- und Unterlagenvorlageverlangen an natürliche Personen und Unternehmen richten. Diese Befugnisse nimmt Daniela Kleinheisterkamp zum Anlass zu untersuchen, inwieweit verfassungsrechtliche Vorgaben unterlaufen werden, wenn Informationen, die in einem präventiven Zwecken dienenden Verwaltungsverfahren erlangt wurden, zweckentfremdet werden. Die Verfasserin stützt ihre Untersuchung dabei insbesondere auf eine verfassungsrechtliche Fundierung und Bestimmung des Inhalts der Selbstbelastungsfreiheit von natürlichen Personen und Verbänden.

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Clemens Clemente

### Recht der Sicherungsgrundschuld

5. Aufl., Köln 2010  
500 S., 69.00  
Erscheinungstermin: Oktober 2010  
ISBN 978-3-8145-8161-3

[www.rws-verlag.de](http://www.rws-verlag.de)

## 24. Asylrecht | Ausländerrecht

Barbara Dyrchs

### Ausländerspezifische Konflikte im abhängigen Erwerbsleben

Lösungswege im Zeichen und Wandel  
des Arbeitsrechts

Studien zum deutschen und europäischen  
Arbeitsrecht, Bd. 30

Baden-Baden 2010  
453 S., 109.00 €  
ISBN 978-3-8329-5771-1

Erscheinungstermin: August 2010

Wie im Arbeitsrecht aus fremdländischen  
Hintergründen folgende Rechtsfragen  
zu beantworten sind, wird nun erstmals  
in allen Facetten monografisch aufgear-  
beitet. Ausländerspezifische Konflikte in  
allen Phasen eines Arbeitsverhältnisses  
werden anhand sich wandelnder Gesetze,  
gerichtlicher Entscheidungen und in der  
Literatur kommentierter Fallgestaltungen  
rechtlich bewertet und mit eigenen  
richterlichen Erfahrungen und em-  
pirischen Studien konfrontiert. Alle  
Aspekte, von Sprechdefiziten über  
Pflichtenkollisionen glaubensbedingter,  
ethischer und staatsbürgerlicher Art sowie  
Diskriminierungen religiöser, ethnischen  
und rassistischen Ursprungs bis hin zu  
sicherheitsrelevanten Fragen werden  
erörtert.

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

OLG Hamm

Vollstreckung und Abschiebung  
B. v. 23.02.2010 - 3 Ws 39/10 -  
mit Anmerkung: Heiko **Artkämper**  
StRR 8/2010, 317-318

Brandenburg

Residenzpflicht für Asylbewerber  
gelockert, (Beilage LKV-aktuell)  
LKV 8/2010, 5

Maximilian **Fuchs**

Der Einsatz ausländischer Pflegekräfte in  
der Bundesrepublik Deutschland. Eine  
Darstellung der aktuellen Rechtslage  
unter Berücksichtigung europarechtlicher  
Aspekte

SRA 4/2010, 143-151

BVerwG

Voraussetzung des "Kennenmüssens" der  
deutschen Staatsangehörigkeit

U. v. 29.04.2010 - 5 C 5/09 -  
NVwZ-RR 16/2010, 658-659

OLG Koblenz

Strafvorschriften; Angaben gegenüber  
der Ausländerbehörde; Erklärungen ge-  
genüber der Ausländerbehörde; Reich-  
weite der Strafnorm

B. v. 01.09.2008 - 2 Ss 126/08 -  
OLGSt-Fundstelle  
AufenthG § 95 Nr. 3

OLG Köln

Auslieferung an das Ausland; Grundsätze;  
Grundsätze; Auslieferung an die Rus-  
sische Föderation

B. v. 22.01.2010 - 6 AusLA 36/09 -  
OLGSt-Fundstelle:  
IRG § 2 Nr. 1

OLG Nürnberg

Auslieferung; Spezialitätsgrundsatz;  
Widerruf einer Strafaussetzung zur  
Bewährung; zugrundeliegender Eu-  
ropäischer Haftbefehl

B. v. 18.02.2009 - 2 Ws 54/09 -  
OLGSt-Fundstelle:  
IRG § 11 Nr. 2

OLG Köln

Auslieferungshaft; Unzulässigkeit der  
Auslieferung; Bestehen von Verfolgung-  
shindernissen; eingetretene Verjährung;  
anerkannte Asylberechtigung; Vermu-  
tung ernsthafter drohender politischer  
Verfolgung; Anerkennung als politischer  
Flüchtling

B. v. 07.12.2009 - 6 AusLA 161/09 -  
OLGSt-Fundstelle:  
IR § 16 Nr. 4

OLG Köln

Auslieferung deutscher Staatsangehöriger;  
Abwesenheitsurteil nach Erklärung der  
Zulässigkeit der Auslieferung; Aufhebung  
der früheren Entscheidung

B. v. 28.09.2009 - 6 AusLA 70/06 -  
OLGSt-Fundstelle:  
IRG § 80 Nr. 1

OLG Stuttgart

Auslieferung eines Ausländers an einen  
EU-Mitgliedsstaat; Vorbehalt der Rück-  
überstellung zur Strafvollstreckung; Euro-  
päischer Haftbefehl; Rechtsgrundlagen  
der Vollsteckungsübernahme

B. v. 18.03.2010 - 1 Ws 9/10 -  
OLGSt-Fundstelle:  
IRG § 83b Nr. 2

ÖSTERREICH

Norbert Kutscher | Tamara Völker  
Wilhelm Witt

### Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht mit allen Änderungen der Novelle 2009

Leitfaden, Bd. 7

2. Aufl., Wien 2010

160 S., 40.85 €

Erscheinungstermin: Oktober 2010

ISBN 978-3-214-00394-4

[www.manz.at](http://www.manz.at)

## 25. Europa | Europarecht

Jutta Kruthoffer-Röwekamp

### Die Rechtsprechung des EuGH in ihrer Bedeutung für das nationale und internationale Recht der direkten Steuern

Kolloquium

im Bundesministerium der Finanzen  
Berlin, 17. und 18. November 2008

Steuerwissenschaftliche Schriften, Bd. 21  
Baden-Baden 2010

182 S., 44,00 €

Erscheinungstermin: Juli 2010

ISBN 978-3-8329-5040-8

Die Auswirkungen des Europäischen Rechts auf das mitgliedstaatliche Steuerrecht sind erheblich. Die Entwicklung wird insbesondere durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union geprägt. Die Entscheidungen des EuGH zwingen die Mitgliedstaaten häufig zu Gesetzesänderungen und sind nicht selten verbunden mit gravierenden Belastungen für die nationalen Haushalte. Daher stellen sich grundlegende Fragen der Zuständigkeitsverteilung und der Gewaltenteilung im Hinblick auf die Steuerhoheit der Mitgliedstaaten der EU. Berührt ist daneben das Verhältnis zu dem maßgeblich durch Doppelbesteuerungsabkommen geregelten internationalen Steuerrecht.

Um diese Aspekte stärker ins Bewusstsein zu rufen und neuere Entwicklungen in der Rechtsprechung zu diskutieren, hat im Bundesministerium der Finanzen ein international ausgerichtetes Kolloquium stattgefunden. Richter des EuGH und hoher Gerichte der Mitgliedstaaten haben gemeinsam mit international anerkannten Experten und Praktikern ihre Analysen vorgetragen und beraten. Ein wichtiges Kriterium für die soziale Akzeptanz der Rechtsprechung war dabei das Thema der steuerlichen Belastungsgleichheit im grenzüberschreitenden und innerstaatlichen Vergleich.

Der neue Tagungsband enthält die schriftlichen Fassungen der Vorträge, die

bei diesem Kolloquium gehalten worden sind. Sie wurden von den Verfassern für die Veröffentlichung aktualisiert. Die Referate befassen sich mit den Aufgaben, Entwicklungen und Konsequenzen der Rechtsprechung des EuGH im Bereich der direkten Steuern.

[www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)

Eckhard Pache | Frank Schorkopf (Hrsg.)

### Die Europäische Union nach Lissabon

Beiträge zu Organisation,  
Außenbeziehungen  
und Stellung im Welthandelsrecht  
Kolloquium aus Anlass  
des 70. Geburtstages  
von Professor Dr. Meinhard Hilf

Baden-Baden 2009

100 S., 28,00 €

ISBN 978-3-8329-4706-4

Karsten **Schmidt**

Begrüßung

Eckhard **Pache**

Begrüßung

Gert **Nicolaysen**

Einleitung zum 1. Panel

Eckhard **Fache**

Organgefuge und Handlungsträger  
der EU nach Lissabon

Christian **Tietje**

Die Gemeinsame Handelspolitik der EU  
im System des Welthandelsrechts  
Ein Spannungsverhältnis zwischen fort-  
schreitender Liberalisierung und zuneh-  
mendem Protektionismus

Frank **Hoffmeister**

Der Beitrag der Europäischen Union  
zur Entwicklung des Völkerrechts

Frank **Schorkopf**

Maßstäbe für die institutionelle Architek-  
tur der Europäischen Union

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Andreas **Fisahn**

Griechenland und die Perspektiven  
der EU

KJ 3/2010, 248-254

Albrecht Weber

### Europäische Verfassungsvergleichung Ein Studienbuch

München 2010

447 S., 32,00 €

ISBN 978-3-406-60104-0

Verfassungen der europäischen Staaten  
im Vergleich.

Die Neuerscheinung  
beleuchtet die Verfassungen der euro-  
päischen Staaten im Vergleich.  
Sie erläutert:

- Begriff und Funktion der jeweiligen Verfassung sowie deren Rechtsquellen
- die maßgeblichen Verfassungsprinzipien, -institutionen und -organe, insbesondere die Strukturprinzipien, die Gewaltenteilung, das Parlament, das Staatsoberhaupt, die Exekutive und die Judikative und dazu die jeweils in den europäischen Staaten geltenden Normen
- den Prozess der Europäisierung und Internationalisierung der Verfassungen, die sich für supranationale Institutionen wie die Europäische Union oder den Europarat mit der Europäischen Menschenrechtskonvention öffnen
- die staatstheoretische Frage einer nationalen und europäischen Identität.

[www.beck-shop.de](http://www.beck-shop.de)

Christina Last

Garantie wirksamen Rechtsschutzes  
gegen Maßnahmen der Europäischen Un-  
ion. (SR: Jus Internationale et Europaeum,  
Bd. 23), (Diss.), Tübingen 2008

Rezension: Oliver **Dörr**

Verw. 3/2010, 452-455

## 25. Europa | Europarecht



### Der Mangold-Beschluss

#### Karlsruhes souveräne Entscheidung

Mit seiner Entscheidung zur Rechts-sache Mangold hat das Bundesverfassungsgesicht die scharfen Formulierungen seines Lissabon-Urteils zurückgenommen. Von einem "Umfallen" kann jedoch keine Rede sein. Das Bundesverfassungsgericht beweist vielmehr die Souveränität, die es im Lissabon-Urteil vermissen ließ. Ein Kommentar von Dr. Alexander Thiele.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/1327/Der-Mangold-Beschluss-Karlsruhes-souveraene-Entscheidung/>

#### Die wichtigsten Beiträge (Aufsätze) zur Entscheidung Mangold – nachgewiesen in der Kuselit-Online-Datenbank – zum schnellen Nachschlagen

##### Volker Bahnsen

Die Altersbefristung vor dem EuGH und der politische Hintergrund. (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -),  
SJ 2006, 43-45

##### Monika Böhm

Umfang und Grenzen eines europäischen Verbots der Altersdiskriminierung im deutschen Recht, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -)  
JZ 2008, 324-330

##### Sebastian Busch

Vertrauen auf Fehler der Gerichte? Rechtswidrige Rechtsprechung und Vertrauensschutz. (Zugleich Anmerkung zu EuGH v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 - und EuGH, v. 27.01.2005 - Rs. C-188/03 -)  
FA 2006, 235-238

##### Fillipp Currento

Umsetzung und Anwendungsprobleme der Entscheidungen "Junk" und "Mangold" im italienischen Recht, (Anmerkung zu EuGH, v. 27.01.2005 - Rs. C-188/03 -, EuGH, v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -  
AE 2007, 11-12

##### Claas-Hinrich Germelmann

Probleme der Rezeption von ungeschriebenen europäischem Primärrecht in das nationale Recht am Beispiel verschiedener Rechtsinstitute,  
AE 2007, 4-8

##### Richard Giesen

Verbotene Altersdiskriminierung durch befristete Arbeitsverträge mit Arbeitnehmern ab 52 Jahren, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -)  
SAE 2006, 45-53

##### Thomas Groh

Der Untergang des Abendlandes. Von einem Kreuzzug gegen den Erfinder der europäischen Grundrechte, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 - (Mangold))  
myops 2009, 9-18

##### Martin Gutzeit

Altersbefristung: Ein Trauerspiel mit "Happy End"? (Zugleich Anmerkung zu EuGH v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -)  
DPL 2007, 114-116

##### Ekkehardt Hein

AGG x KSchG = Europa? Die Kündigung zwischen allgemeinem und besonderem Kündigungsschutz, Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz und Europarecht, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 - (Mangold))  
NZA 2008, 1033-1038

##### Sudabeh Kamanabrou

Schwerpunktthema "Aktuelle Fragen des Arbeitsrechts": Der Einfluss des EuGH auf das deutsche Arbeitsrecht am Beispiel jüngerer Rechtsprechung (zugleich Anmerkung zu EuGH, v. 05.10.2004 - Rs. C-397/01 -, v. 27.01.2005 - RS. C-188/03 -, v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -)  
AL 2006, 128-133

##### Thorsten Kingreen

Grundrechtsverbund oder Grundrechtsunion? Zur Entwicklung der subjektiv-öffentlichen Rechte im europäischen Unionsrecht, (zugl. Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 - (Mangold), EuGH, U. v. 01.04.2008 - Rs. C-267/06 - (Maruko))

EuR 2010, 338-363

##### Wolfgang Koberski

Erleichterte Befristungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer europarechtswidrig,  
NWB 2006, 7-8

##### Folkmar Koenigs

Unbegrenzte Prüfungsbefugnis des EuGH? Zugleich Anmerkung zu EuGH v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -  
DB 2006, 49-50

##### Gerhard Kuras

Gemeinschaftsrechtswidrigkeit des § 14 Abs. 3 S. 4 TzBfG, (Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -)  
RdA 2007, 169-176

##### Jörg Laber | Markus J. Goetzmann

Befristung von Arbeitsverträgen älterer Arbeitnehmer nach der Mangold-Entscheidung des EuGH,  
ArbRB 2006, 51-54

##### Lorenz Leitmeier

Viel Lärm um Mangold, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -)  
FA 2010, 4-7

##### Anna von Oettingen

David Rabenschlag  
Europäische Richtlinien und allgemeiner Gleichheitssatz im innerstaatlichen Recht. Anmerkungen anlässlich des Mangold-Urteils des EuGH,  
ZEus 2006, 363-380

##### Hermann Reichold

Der Fall Mangold: Entdeckung eines europäischen Gleichbehandlungsprinzips? (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -),  
ZESAR 2006, 55-58

## 25. Europa | Europarecht

Tobias **Richter** | Ssoufian **Bouchouaf**

Das Verbot der Altersdiskriminierung als allgemeiner Grundsatz des Gemeinschaftsrechts: der Beginn eines umfassenden europäischen Antidiskriminierungsrechts? (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -) NVwZ 2006, 538-541

Dagmar **Schiek** | Carl von **Ossietzky**

Grundsätzliche Bedeutung der gemeinschaftsrechtlichen Diskriminierungsverbote nach der Entscheidung Mangold, (Anmerkung zu EuGH, v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -),

AuR 2006, 145-150

Petra **Schott**

Altersdiskriminierung und Nichtanwendung einer Norm des nationalen Rechts. Die Rechtsprechung des EuGH in den Fällen Küçükdeveci und Mangold, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 19.01.2010 - Rs. C-555/07 - und EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -) djbz 2010, 65-67

Anna Maria **Schultz**

Altersdiskriminierung nach dem EuGH. Scheinverfahren bringt arbeitsmarktpolitisches Instrument zu Fall. (Zugleich Anmerkung zu EuGH v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -),

DPL 2006, 43-44

Udo **Steiner**

Das Deutsche Arbeitsrecht im Kraftfeld von Grundgesetz und Europäischem Gemeinschaftsrecht, (Zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -) NZA 2008, 73-77

Udo **Steiner**

Das Spannungsfeld zwischen europäischem Gemeinschaftsrecht und deutschem Verfassungsrecht, (zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 - und BAG, v. 26.04.2006 - 7 AZR 500/04 -)

EuZA 2009, 140-154

Rudolf **Streinz** | Christoph **Herrmann**

Der Fall Mangold. Eine "kopernikanische Wende im Europarecht"? (Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -) RdA 2007, 165-169

Felipe **Temming**

Freie Rechtsschöpfung oder nicht: Der Streit um die EuGH-Entscheidung Mangold spitzt sich zu, (zugleich Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -) NJW 2008, 3404-3406

Gregor **Thüsing**

Europarechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz als Bindung des Arbeitgebers? Kritische Gedanken zu EuGH v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -, (zugleich Anmerkung),

ZIP 2005, 2149-2151

Bernd **Waas**

Europarechtliche Schranken für die Befristung von Arbeitsverträgen mit älteren Arbeitnehmern? § 14 Abs. 3 TzBfG aus der Sicht des Generalanwalts. (Zugleich Anmerkung zu EuGH, Schlussanträge v. 30.06.2005 - Rs. C-144/04 -),

EuZW 2005, 583-587

Bernd **Waas**

Zur Bewertung von Altersgrenzen nach europäischem Recht, (zugl. Anmerkung zu EuGH, U. v. 22.11.2005 - Rs. C-144/04 -) EuZW 2007, 359-362

## 26. Internationales Recht

### ZChinR

Zeitschrift für Chinesisches Recht

Die Zeitschrift für Chinesisches Recht (ZChinR) erscheint vierteljährlich und ist über die Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung zu beziehen. Eine Mitgliedschaft in der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung kann online unter <http://www.ZChinR.de/> beantragt werden.

Die Jahrgänge 1-10 (1994-2003) sind unter dem Titel „Newsletter der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V.“ erschienen. Die älteren Jahrgänge stehen im Internet unter <http://www.ZChinR.de/> im Volltext kostenfrei zum Abruf bereit.

Der Inhalt der Ausgaben des letzten Jahrganges der Zeitschrift für chinesisches Recht (ZChinR) können eingesehen werden. Mitglieder der DCJV haben die Möglichkeit, sich nach einem Login diese Ausgaben der ZChinR als .pdf-Datei herunterzuladen.

Mitglieder wie Nichtmitglieder können außerdem im Archiv den Inhalt der älteren Ausgaben der ZChinR einsehen und haben dort auch die Möglichkeit, diese Ausgaben als .pdf-Datei im Volltext herunterzuladen.

Den aktuellen Heften ist ein Inhaltsverzeichnis aller Ausgaben der ZChinR (1994-2010) vorangestellt, das durch anklicken von Inhalt einsehbar ist. Über die Funktion Suchen in dem von Ihnen verwendeten Browser können Sie das Inhaltsverzeichnis nach Stichworten oder Autoren durchsuchen.

### Call of Papers

Since 1994 the German-Chinese Jurists' Association and the Sino-German Institute for Legal Studies of the Universities of Göttingen and Nanjing are quarterly publishing the "Zeitschrift für Chinesisches Recht (Journal of Chinese Law)", formerly known as the "Newsletter of the German-Chinese Jurists' Association".

CHINA

The Journal is focusing on issues of contemporary Chinese law and modern Chinese legal history with a particular emphasis on Legal aspects of chinese economic developed and international relation. It seeks to advance practical as well theoretical analysis of Chinese law.

The Journal invites submissions within its scope as set out above to be published in one of its next issues. To guarantee for intellectually stimulating and innovative contributions all submissions will be subject to a review procedure by the editors. Manuscripts (English or German) to be published in the journal's categories articles, short contributions, documentations and book reviews should be submitted in electronic form and should follow the rules of citation and guidelines for the submission of articles, which can be found at [www.ZChinR.de](http://www.ZChinR.de). Previous issues of ZChinR can also be found at [www.ZChinR.de](http://www.ZChinR.de).

Please address your manuscripts as well as any inquiries concerning subscription and advertising to the editor-in-chief:

Rebecka Zinser  
ZChinR, Sino-German Institute for Legal Studies  
Nanjing University  
22, Hankou Lu, 210093 Nanjing, People's Republic of China  
e-mail: [dcir.nanjing@gmail.com](mailto:dcir.nanjing@gmail.com)

[www.dcvj.org](http://www.dcvj.org)

JAPAN

### ZJapanR

Zeitschrift für Japanisches Recht  
Journal of Japanese Law

Abonnement: EUR 62,00  
ISBN 978-3-452-26457-2

Die 1996 gegründete Zeitschrift erscheint zwei Mal im Jahr und versteht sich als internationales Periodikum für in- und ausländische Wissenschaftler und Praktiker mit Interesse an japanischem Recht. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, in einem methodisch wie formal breit gefächerten Ansatz alle Bereiche dieser Rechtsordnung publizistisch zugänglich zu machen. Dabei sind manche Beiträge auf Deutsch, manche auf Englisch geschrieben.

Die Zeitschrift wird gemeinschaftlich von der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung e.V. (DJJV) und dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht (MPI) in Hamburg herausgegeben. Die DJJV ist eine bundesweit vertretene gemeinnützige Vereinigung mit derzeit knapp 700 Mitgliedern im In- und Ausland. Das MPI ist ein Forschungsinstitut, das seinen Schwerpunkt auf der Rechtsvergleichung hat.

Mit dem Australian Network for Japanese Law (ANJEL), das mehr als 200 Mitglieder vordringlich in Australien und Japan zählt, besteht eine editorische Kooperation.

[www.heymanms.com](http://www.heymanms.com)

RUMÄNIEN

Ionut Raduletu

### Der Schutz von Minderheitsaktionären nach rumänischem und deutschem Aktienrecht unter Berücksichtigung des EU-Acquis

Frankfurt am Main 2010  
292 S., 54,80 €  
ISBN 978-3-631-60056-6

[www.peterlang.de](http://www.peterlang.de)

## 27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

Kathrin Groh

### Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik

Von der konstitutionellen Staatslehre  
zur Theorie  
des modernen demokratischen  
Verfassungsstaats

Tübingen 2010  
670 S., 20.00 €  
ISBN 978-3-16-150222-4

Das demokratische Denken von Weimarer Staatsrechtslehrern findet erst seit kurzem die ihm gebührende Aufmerksamkeit in den Wissenschaften. Kathrin Groh analysiert hier die Werke der "großen Fünf": Hugo Preuß, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Hans Kelsen und Hermann Heller. Sie untersucht, mit welchen Staats- und Verfassungskonzepten die im Kaiserreich sozialisierten Staatsrechtslehrer auf den Umbruch zur Weimarer Republik reagierten und welche Ideen sie entwickelten, um deren Krisen im demokratischen Geist der Verfassung zu lösen. Trotz aller Unterschiede im Detail werden ihre Antworten auf zentrale Herausforderungen der Republik - wie Staatsbild, Führung, Parteienstaat, Pluralismus, Regierungssystem und Grundrechte - von ihrem Rechtsstaatsdenken bestimmt. Sie fügen sich zu einer Synthese aus Rechtsstaat und freiheitlicher Demokratie zusammen, zum modernen demokratischen Verfassungsstaat.

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Helmut Kramer

Justiz im Dienst des Angriffskrieges  
KJ 3/2010, 287-291

Eva Schumann (Hrsg.)

Kontinuitäten und Zäsuren. Rechtswissenschaft und Justiz im "Dritten Reich" und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008  
Rezension: Stephan Alexander Glienke  
KJ 3/2010, 362-365

Gerhard Dilcher

150 Jahre Deutscher Juristentag -  
Geglückte Kontinuität im Wandel der  
Rechtspolitik,  
NJW 35/2010, 2634-2640

Michael Stolleis

Sozialistische Gesetzlichkeit. Staats- und  
Verwaltungsrechtswissenschaft in der  
DDR, (SR: Beck'sche Reihe, Bd. 1924),  
München 2009, ISBN: 978-3-406-59207-2  
Rezension: Helmut Lecheler  
NVwZ 16/2010, 1013-1014

Maximilian Erras

### Die Regelung des Versorgungsanspruchs kommunaler NS-Wahlbeamter in der Nachkriegszeit

Eine Analyse am Beispiel des Amberger  
Oberbürgermeisters Josef Filbig

Hamburg 2010  
370 S., 95.00  
Rechtsgeschichtliche Studien, Bd. 37  
ISBN 978-3-8300-5109-1

Am 20. April 1952 kam es in der Stadt Amberg in der Oberpfalz zu einer Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters. Als Kontrahenten standen sich dabei der Amtsinhaber Michael Lotter von der CSU und der ehemalige Lehrer Josef Filbig, parteilos, der für die "Deutsche Gemeinschaft" antrat, gegenüber. Mit knapp großer Mehrheit konnte sich Filbig schließlich deutlich gegen Lotter durchsetzen. Filbig war zuvor während des Dritten Reiches schon einmal Oberbürgermeister der Stadt Amberg gewesen. Der Grund für Filbigs erneute Kandidatur lag darin, dass ihm nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes seitens des Stadtrates der Stadt Amberg jegliche Versorgungsansprüche verwehrt wurden, was sowohl für seine Tätigkeit als Lehrer an der Lehrerbildungsanstalt, als auch für seine Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Amberg galt. Der Autor untersucht die Rechtmäßigkeit der Entscheidung des Stadtrats. Dabei werden die Rechtsgrundlagen sowohl für die Gewährung, als auch die Versagung

der Versorgungsansprüche im historischen Kontext beleuchtet. Dabei untersucht der Autor nicht nur die konkreten Entwicklungen im Fall Filbigs, sondern darüber hinaus erfolgt eine umfassenden Untersuchung der allgemeinen historischen Entwicklungen des Beamtenrechts, insbesondere im relevanten Zeitraum von 1919 bis 1945.

Abschließend widmet sich der Autor der Frage, wie es zu einer Wiederwahl Filbigs kommen konnte. Darüber hinaus wird Filbigs zweite Amtszeit als Oberbürgermeister von 1952 bis 1958 untersucht.

[www.verlagdrkovac.de](http://www.verlagdrkovac.de)

Carmen C. Bernitt

### Die Anknüpfung von Vorfragen im europäischen Kollisionsrecht

StudIPR 237  
Tübingen 2010  
261 S., 54.00 €  
ISBN 978-3-16-150265-1

Die Europäische Union befindet sich auf dem Weg zu einem vollständig vereinheitlichten Internationalen Privatrecht. Als erste kollisionsrechtliche Verordnung ist im Januar 2009 die Rom II-Verordnung in Kraft getreten, weitere Verordnungen mit Vorschriften zum Besonderen Teil des Internationalen Privatrechts werden demnächst folgen. Eine einheitliche Anwendung dieser Vorschriften ist jedoch nur gewährleistet, wenn auch die Probleme des Allgemeinen Teils des Internationalen Privatrechts einheitlich gelöst werden. Carmen Christina Bernitt untersucht das höchst umstrittene Problem der Vorfragenanknüpfung. Im Zentrum ihrer Analyse steht die Frage, wie sich die Besonderheiten eines Europäischen IPR auf die Anknüpfung von Vorfragen auswirken. Die Autorin erarbeitet einen Vorschlag zur künftigen Behandlung von Vorfragen, den sie anschließend anhand konkreter Beispiele aus der Rom II-Verordnung überprüft.

[www.mohr.de](http://www.mohr.de)

## 28. Wirtschaftswissenschaften

### Großes Interesse am Abruf von Jahresabschlüssen Bestand und Nachfrage wachsen ständig.

Mitteilung  
aus dem Bundesanzeiger Verlag

Durch das am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) wurde mit dem elektronischen Bundesanzeiger eine zentrale Plattform für wirtschaftsrechtliche Bekanntmachungen, speziell auch und gerade für Rechnungslegungsunterlagen (Jahresabschlüsse) geschaffen.

Das EHUG hat nicht nur damit die Bilanzpublizität in der Bundesrepublik Deutschland nach der zum Ende des vergangenen Jahrhunderts erfolgten Verurteilung Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof maßgeblich vorangebracht und für ein Mehr an Transparenz gesorgt.

Seit Inkrafttreten des EHUG hat sich die Zahl der eingereichten Jahresabschlüsse fortwährend erhöht. Die Offenlegungsquote liegt jetzt nach einer Quote von nicht einmal 5 % vor Inkrafttreten des EHUG schon insgesamt bei ca. 90%. Pro Geschäftsjahr wurden in den ersten drei Jahren fast 1 Million Jahresabschlüsse eingereicht. Die Gesamtzahl der im elektronischen Bundesanzeiger zum Abruf zur Verfügung stehenden Jahresabschlüsse beträgt bereits über 3 Millionen.

Die auffällig hohen Zugriffszahlen belegen das Bedürfnis nach den im Bundesanzeiger veröffentlichten Bilanzinformationen und das große Interesse daran.

Monatlich verzeichnet der elektronische Bundesanzeiger über 2,7 Mio. Zugriffe. Davon entfallen 85% – über 2,3 Mio. pro Monat – auf den Bereich der Jahresabschlüsse. Rechnet man die Zugriffszahlen auf Tage um, bedeutet das, dass allein im elektronischen Bundesanzeiger täglich – unter Einrechnung aller Sonn- und Feiertage – über 76.000 Jahresabschlüsse abgerufen werden.

Hinzukommen pro Tag ca. 29.000 Jahresabschlüsse, die auf Seiten des Unternehmensregisters abgerufen werden, so dass insgesamt täglich auf ca. 105.000 Jahresabschlüsse zugegriffen wird.

Aufs Jahr hochgerechnet würden sich die Zugriffszahlen auf fast 40 Mio. Jahresabschlüsse belaufen. Rein rechnerisch betrachtet würde das bedeuten, dass durchschnittlich jeder veröffentlichte Jahresabschluss über 10mal pro Jahr abgerufen wird. Der weitaus größte Teil der Abrufe (über 80%) betrifft dabei gerade kleine Unternehmen, was angesichts der Tatsache, dass über kleine Unternehmen ansonsten – im Internet – wenig zu finden ist, nicht verwundert.

Rainer Diesem, Sprecher der Geschäftsführung des Bundesanzeiger Verlages: „Mit dem EHUG hat der Gesetzgeber eine Regelung geschaffen, die nach kürzester Zeit, zum erhofften und erwünschten Transparenzerfolg geführt hat. Mag mancher die Offenlegung als Korrelat der beschränkten Haftung auch noch scheuen, zeigen neben den Offenlegungszahlen auch die Abrufzahlen, dass mit der Neuregelung speziell dem Marktbedürfnis nach verlässlichen Informationen Rechnung getragen wird.“

[www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de)

Harry **Funk** | Stefan **Müller**  
Produzenten- und Produkthaftungsrückstellungen nach HGB und IFRS  
BB 36/2010, 2163-2167

Christian **Zwirner**  
Notwendigkeit einer eigenständigen BilMoG-Eröffnungsbilanz  
DB 34/2010, 1844-1846

Christian Graf | Rolf Stober (Hrsg.)

### Der Ehrbare Kaufmann und Compliance

Zur Aktivierung eines klassischen Leitbilds für die Compliancediskussion

Schriften aus dem Forschungsinstitut für Compliance, Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit (FORSI), Bd. 3

Hamburg 2010  
94 S., 48.00 €  
ISBN 978-3-8300-5254-8  
Erscheinungstermin: September 2010

Der Begriff "Ehrbarer Kaufmann" lässt sich in der hanseatischen Handelsgeschichte bis ins frühe 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Er vertritt ein Selbstverständnis unter Kaufleuten, die sich ehrlichem, moralischem und unbestechlichem Handel verpflichtet fühlen. Der Ehrbare Kaufmann erlebt dieser Tage eine Renaissance, da Korruption, Wirtschaftsdelikte und unethisches Geschäftsgebaren verstärkt den Weg in die Medien finden und die öffentlichen Debatten anregen.

In einem ähnlichen Kontext taucht auch den Begriff "Corporate Compliance" immer häufiger auf.

Beide Begriffe sind miteinander verknüpft. Doch auf welche Weise? Gibt es Schnittmengen? Sind diese gar deckungsgleich? Braucht ein Ehrbarer Kaufmann überhaupt Corporate Compliance oder andersherum? Welchen Leitbildern folgen die beiden Begrifflichkeiten?

Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigten sich die Referenten und Teilnehmer einer Tagung des Forschungsinstituts für Compliance, Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit (FORSI) in Kooperation mit der Handelskammer Hamburg, der Hamburg School of Business Administration und der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V.. Die Ergebnisse der Veranstaltung sind in diesem Band zusammengefasst.

[www.verlagdrkovac.de](http://www.verlagdrkovac.de)

## 29. Sonstiges

### 20 Jahre SOLON

Berlin 1990, die Welt hatte sich gewendet. Philosophie schied als zukünftige Lebensgrundlage so ziemlich aus. Dennoch sollte es irgendwie mit Büchern weitergehen. Wenn schon nicht Bücher lesen, dann wenigstens in ihrer Nähe weilen. Die Idee einer Buchhandlung war geboren.

Gemeinsam mit meinem damaligen Partner zog ich los. Lehrgänge für Ostbuchhändler: So verkauft man im Westen. Wir waren die Seiteneinsteiger unter lauter Buchhändlerinnen und so wurden uns unsere Ideen nicht weiter nachgetragen. Eine Buchhandlung weitab vom Schuß sollte es sein, mit Messingkasse und Büchern bis unter die Decke. Wenn es regnet, kommt keiner. Dann können wir lesen. Komisch gegrinst haben die schon.

Wie gründet man eine Firma? Am besten, man kauft ersteinmal ein Buch. Das haben wir getan. Wirtschaftsgesetze der Bundesrepublik Deutschland. Unfaßbar dick. Wir trugen es nach Hause und kochten ersteinmal Tee. Dann kam die Idee: Wenn wir eine Buchhandlung gründen wollen, müssen wir das nicht lesen. Wir müssen es verkaufen.

Also Tee ausgetrunken und einen Termin mit dem Verleger vereinbart. Ob er denn bereit sei, uns ein paar von den Büchern verkaufen zu lassen. Er verstand, glaube ich, die Frage nicht. Unsere Idee mit der Buchhandlung im Regen verwarf er mit einem Satz. Wir hätten nur eine Chance, wenn wir juristische Bücher verkaufen. Die seien wie Obst und Gemüse, verschimmeln laufend und müßten durch neue ersetzt werden. Wir haben dann in den neuen Ländern ein halbes Jahr lang juristische Fachliteratur für den Verlag verkauft. Tonnenweise. Es war unbeschreiblich. Na ja, gelernt haben wir einiges.

Letztlich war genügend in unserer Kasse und wir haben SOLON gegründet. Weiter ging es. Nicht mehr tonnenweise, aber viele Kilo waren es schon, die in den Gerichtsbibliotheken und Anwaltskanzleien gebraucht wurden. Sicherlich half auch ein gewisser "Ossibonus" in den neuen Ländern. Mit der Zeit normalisierte sich alles. Der Wettbewerb wurde heftiger, der Bonus weniger wert. Es wurde Zeit, nachzudenken.

Unsere Voraussetzungen waren nicht schlecht. Wir hatten viele Kunden. Die Marketingstrategie unserer Wettbewerbe machten uns wenig Sorgen. Das konnten wir alles auch, teilweise besser und bewiesen es täglich. Das Ziel lautete Kundenbindung. Wie schaffen wir es, unsere Kunden so zu bedienen, daß sie auf Jahre unsere Kunden bleiben? Meine Antwort: Wir kümmern uns um ihre Bücher, nicht nur um die, die wir ihnen verkaufen wollen. Auch um die, die wir ihnen früher verkauft haben. Wir sagen unseren Kunden, wann welches Buch in ihrem Regal "verschimmelt".

Das war mit Arbeit verbunden. Schließlich müßten wir erfassen, was unsere Kunden in ihren Regalen hatten. Ob es überhaupt funktioniert, würde sich womöglich erst in Jahren zeigen. Darunter litt die Attraktivität meiner Idee. Ich behielt die Idee und verlor meinen Partner.

Die erste Bibliothek erfaßten wir 1994. Wir systematisierten das Ganze und erstellten daraus einen Katalog – den Katalog der Bibliothek unseres Kunden. Zu jedem Titel notierten wir, ob er aktuell war und falls nicht, welches die aktuelle Auflage war. Jedes Jahr bekommt der Kunde diesen Katalog und jeden Monat einen Brief. Darin findet er die Titel, die bei ihm demnächst veralten. Dieser Kunde kauft noch heute alles bei SOLON.

Jahre später, wir hatten bereits viele Bibliotheken "in Betreuung", stieß ich in einem Amtsgericht auf einen Richter, der Bücher in eine Excelliste tippte. Er müsse die Bücher verwalten. Mir war schon damals nicht klar, ob es zu den Aufgaben eines Richters gehört, Bücher zu verwalten. Auf alle Fälle deuteten die Akten auf Schreibtisch und Fußboden an, daß Mangel an Arbeit nicht vorlag. Natürlich entwickelten wir eine Lösung.

Unsere erste Bibliotheksverwaltung kam 2001 auf den Markt. Selbstverständlich gefüllt mit den Büchern des Kunden. Das reichte uns jedoch nicht. Wir aktualisierten die Daten wöchentlich per E-Mail. So konnten unsere Kunden auch hier relativ zeitnah sehen, welche Bücher gerade veralten und welche aktuell waren. Außerdem müßten sie kein gekauftes Buch selbst erfassen. Alles kam durch die Leitung. Und für die Verwaltung war gesorgt. Standorterfassung, Signatur, Ausleihe und selbstverständlich ein Bestellbuch waren vorhanden.

Das Internet hob alles auf ein viel höheres Niveau. Inzwischen haben alle unsere Kunden einen eigenen Zugang zu unseren Datenbanken in [mein-bibliothek.de](http://mein-bibliothek.de) und, wenn sie möchten, ihre eigene Bibliotheksverwaltung. Jetzt können sich selbst Kanzleien mit mehreren Niederlassungen bequem organisieren. Die Kataloge gibt es übrigens immer noch und die Monatsbriefe auch. So ganz auf Papier wollen nicht alle verzichten. Dafür komme ich nach wie vor wenig zum Lesen, bei Regen ...

Viele Grüße, Ihr Dr. Tillmann Röpenack  
geschäftsführender Gesellschafter

Berlin 2010

## Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-  
Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH  
Geschäftsführung  
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe  
Leidsthaler Hub 2  
66871 Etschberg  
Tel. 06383 927972  
Handelsregister  
AG Kusel HRB 21631  
USt-IdNr. DE 193667170  
[www.kuselit.de](http://www.kuselit.de)  
email: [verlag@kuselit.de](mailto:verlag@kuselit.de)

und

jurmatix GbR  
Ralph Hecksteden | Marc Luuk  
Auf dem Stümpfchen 29  
66564 Ottweiler  
[www.jurmatix.de](http://www.jurmatix.de)  
email: [info@jurmatix.de](mailto:info@jurmatix.de)

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert. Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

### ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

### ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

**Abkürzungen und Titel** sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen der Sachgruppen führen !

### REZENSIONSANGEBOTE

- Roland Böttcher  
ZVG  
5. Aufl., München 2010  
969 S., 69,00 €  
ISBN 978-3-406-60038-8  
--  
Hans-Günter Henneke  
Sparkassen, Landes- und Förderbanken nach der Finanzmarktkrise  
Professorengespräch 2010 des Deutschen Landkreistages  
am 2./3. März 2010 im Landkreis Göppingen  
Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht, Bd. 40  
Stuttgart 2010  
200 S., 42,00 €  
ISBN 978-3-415-04531-6  
--  
Horst Marburger  
Die Gesetzlicher Rentenversicherung  
Das Recht der Wirtschaft, Bd. 228  
2. Aufl., Stuttgart 2010  
115 S., 14,00 €  
ISBN 978-3-415-04506-4  
--  
Rudi W. Märkle  
Die Einkommensteuer-Erklärung  
Das Recht der Wirtschaft, Bd. 199-201  
14. Aufl., Stuttgart 2010  
431 S., 37,00 €  
ISBN 978-3-415-04556-9

## ZEITSCHRIFTENLISTE - NACH SACHGRUPPEN - 35. Kalenderwoche

Die **Farbbalken** (Sachgebiete) sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu der Liste der Inhaltsverzeichnissen führen!

### 1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

BerAnwBl	Berliner Anwaltsblatt Mitteilungsblatt des Berliner Anwaltsverein e.V.	7,8/2010	<a href="http://www.berliner.anwaltsverein.de">www.berliner.anwaltsverein.de</a>
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer - Mitteilungen Informationen zu Berufsrecht und Berufspolitik	4/2010	<a href="http://www.otto-schmidt.de">www.otto-schmidt.de</a>
BRAKMagazin	BRAK-Magazin hrsg. von der Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin	4/2010	<a href="http://www.otto-schmidt.de">www.otto-schmidt.de</a>
FMP	Forderungsmanagement professionell für Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen und Rechtsabteilungen	8/2010	<a href="http://www.iww.de">www.iww.de</a>
Rafa-Z	Zeitschrift für Rechtsanwaltsfachangestellte und Kanzleimitarbeiter	48/2010	<a href="http://www.deubner-verlag.de">www.deubner-verlag.de</a>

### 2. Recht: Allgemein

EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	34/2010	<a href="http://www.boorberg.de">www.boorberg.de</a>
JBl.	Juristische Blätter	8/2010	<a href="http://www.springer.at">www.springer.at</a>
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	36/2010	<a href="http://www.beck.de">www.beck.de</a>
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	15,16/2010	<a href="http://www.beck.de">www.beck.de</a>
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten Beilage zur NJW	17/2010	<a href="http://www.njw.de">www.njw.de</a>
recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis	3,4/2010	<a href="http://www.staempfli.com">www.staempfli.com</a>
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht	4/2010	<a href="http://www.manz.at">www.manz.at</a>
ZKM	Zeitschrift für Konflikt-Management Mediation - Verhandeln - Vertragsgestaltung	4/2010	<a href="http://www.otto-schmidt.de">www.otto-schmidt.de</a>
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft Archiv für Internationales Wirtschaftsrecht	2/2010	<a href="http://www.ruw.de">www.ruw.de</a>
Das Parlament	Das Parlament	34,35/2010	<a href="http://www.fsd.de">www.fsd.de</a>

### 3. Staats- und Verfassungsrecht

UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung Zeitschrift für Ausbildung, Fortbildung und Verwaltungspraxis für die Bundeswehrverwaltung	8/2010	<a href="http://www.cfmuehler-verlag.de">www.cfmuehler-verlag.de</a>
------	--	--------	--

## 4. Gesetze und Verordnungen

BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	44,45/2010	www.bundesanzeiger.de
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	23/2010	www.bundesanzeiger.de
BStBl I	Bundessteuerblatt Teil I Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder	13/2010	www.stollfuss.de
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II: Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	13/2010	www.stollfuss.de
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	8/2010	www.neckar-verlag.de
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	56/2010	www.heymanns.com

## 5. Landesrecht | Kommunalrecht

FSt	Die Fundstelle Bayern - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	16/2010	www.boorberg.de
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	16/2010	www.boorberg.de
GK	Die Gemeindekasse Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	8/2010	www.boorberg.de
GK/Bay	Die Gemeindekasse (Ausgabe Bayern) Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	17/2010	www.boorberg.de
GK/BW	Die Gemeindekasse (Ausgabe Baden-Württemberg) Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	8/2010	www.boorberg.de
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	16/2010	www.boorberg.de
KomVerw/B	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Brandenburg) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010	www.boorberg.de
KomVerw/LSA	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen-Anhalt) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010	www.boorberg.de
KomVerw/MV	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010	www.boorberg.de
KomVerw/S	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010	www.boorberg.de
KomVerw/T	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Thüringen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010	www.boorberg.de
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen   Rheinland-Pfalz   Saarland	8/2010	www.nomos.de
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vereinigt mit Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht (VIZ))	8/2010	www.beck.de
ZKF	Zeitschrift für Kommunal Finanzen - Haushalt - Kostenrechnung - Steuern - Gebühren - Beiträge - Entgelte - Kredite - Zahlungsverkehr - Vollstreckung	8/2010	www.stollfuss.de
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	16/2010	www.beck.de

## 6. Verwaltungsrecht

NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	15,16/2010	www.beck.de
Vergabe-Navigator	Vergabe-Navigator - Öffentliche Aufträge rechtssicher vergeben Fachinformationen für die Vergabestelle	Sonderausgabe 2010	www.bundesanzeiger.de
Verw.	Die Verwaltung - Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft	Bd. 43, 3/2010	www.duncker-humblot.de

## 7. Glaube | Religion | Kirche

- Keine Einträge -

## 8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

- Keine Einträge -

## 9. Privatrecht

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen	Bd. 183, 1/2010	www.heymanns.com
------	---	--------------------	------------------

## 10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	16/2010	www.famrz.de
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts LA PRATIQUE DU DROIT DE LA FAMILLE   LA PRASSI DEL DIRITTO DI FAMIGLIA	3/2010	www.staempfli.com
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	16/2010	www.gieseking-verlag.de
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge Erbrecht - Gesellschaftsrecht - Steuerrecht	8/2010	www.beck.de

## 11. Verkehr | Transport

SRTour	Steuer- und RechtsBrief Touristik Der aktuelle Informationsdienst für Touristik, Business Travel und Hotellerie	8/2010	www.ESV.info
VRR	VerkehrsRechtsReport Arbeitszeitschrift für das gesamte Straßenverkehrsrecht	8/2010	www.zap-lexisnexis.de

## 12. Strafrecht und Nebengebiete

OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Strafsachen und über Ordnungswidrigkeiten - Lemke (Hrsg.)	8/2010	www.luchterhand.de
StRR	StrafRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht	8/2010	www.lexisnexis.de
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft	Bd. 122, 2/2010	www.degruyter.de

## 13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

ArbR	Arbeitsrecht Aktuell Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	17/2010	www.beck.de
EZA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst Arbeitsrechtliche Sofortinformation	17/2010	www.luchterhand.de

NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis	16/2010	www.beck.de
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	6/2010	www.beck.de
PERSONAL magazin	PERSONALmagazin - Management, Recht und Praxis	9/2010	www.haufe.de
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes	8/2010	www.jehle-rehm.de

## 14. Sozialrecht

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	8/2010	www.beck.de
SRA	SozialRecht aktuell - Materialien zur Sozialberatung Informationen zu Krankenversicherung : Pflegeversicherung Sozialhilfe : Jugendhilfe : Rehabilitation : Arbeitsförderung : Grundsicherung für Arbeitslose	4/2010	www.nomos.de
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen	8/2010	www.boorberg.de
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe Rechtsanwendung in der Praxis - Beratung - Mediation - gutachterliche Tätigkeit   interdisziplinär aktuell verständlich	8/2010	www.bundesanzeiger.de

## 15. Wirtschaftsrecht

BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	36/2010	www.ruw.de
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	34/2010	www.vhb.de
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	16/2010	www.rws-verlag.de
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Finanzierung	16/2010	www.beck.de
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	16/2010	www.nwb.de
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht	8/2010	www.springer.at
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht	Bd. 174, 4/2010	www.ruw.de
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht mit Beihefter Insolvenzreport	35/2010	www.zap-verlag.de
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis	34/2010	www.rws-verlag.de

## 16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

- Keine Einträge -

## 17. Gewerblicher Rechtsschutz

GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil	8,9/2010	www.beck.de
MarkenR	Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Markenrecht	7,8/2010	www.wolterskluwer.de

## 18. Steuerrecht

AO-StB	Der AO-Steuer-Berater Strategien für Steuerverfahren Betriebsprüfung Rechtsschutz Steuerstrafrecht	8/2010	www.otto-schmidt.de
DStR	Deutsches Steuerrecht Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	34/2010	www.beck.de
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst Die Steuer-Rechtsprechung von EuGH, BVerfG, BFH (mit NV-Urteilen) und FG	16/2010	www.beck.de
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	16/2010	www.stollfuss.de
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	35/2010	www.nwb.de
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	33,34 /2010	www.nwb.de
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	16/2010	www.boorberg.de
StBW	Die Steuer-Berater-Woche Gesetze - Urteile - Erlasse - Literatur - Überblick	16/2010	www.otto-schmidt.de
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	16/2010	www.beck.de
StSem	Steuer-Seminar - Praktische Fälle des Steuerrecht	8/2010	www.efv-online.de
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	16/2010	www.nwb.de
StuW	Steuer und Wirtschaft Zeitschrift für die gesamten Steuerwissenschaften	3/2010	www.otto-schmidt.de
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	34/2010	www.deubner-verlag.de
UStB	Der Umsatz-Steuerberater Der Informationsdienst für die umsatzsteuerliche Beratungspraxis	8/2010	www.otto-schmidt.de
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern Außenwirtschaft - Finanzpolitik - Marktordnung	8/2010	www.stollfuss.de

## 19. Umwelt | Agrar | Energie

AuUR	Agrar- und Umweltrecht Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft, der Agrarmärkte und des ländlichen Raumes	8/2010	www.AUR-net.de
NuR	Natur und Recht - Zeitschrift für das gesamte Recht zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umwelt	8/2010	www.springer.de
UVP-report	UVP-report - Informationen zu Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung	1,2/2010	www.uvp.de

## 20. Bauen | Wohnen | Immobilien

BauSV	Der Bausachverständige - Zeitschrift für Bauschäden, Grundstückswert und gutachterliche Tätigkeit	4/2010	www.bundesanzeiger.de
I&F	Immobilien & Finanzierung - Der Langfristige Kredit	16/2010	www.kreditwesen.de
ImmWert	Der Immobilienbewerter Informationsdienst für Sachverständige	4/2010	www.bundesanzeiger.de

## 21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

GesR	GesundheitsRecht Zeitschrift für Arztrecht, Krankenhausrecht, Apotheken- und Arzneimittelrecht	8/2010	www.otto-schmidt.de
PharmaR	Pharmarecht Offizielles Organ des Deutschen Pharma Recht Tages	8/2010	www.beck.de www.pmi-verlag.de

## 22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

AfP	Archiv für Presserecht Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	4/2010	www.vhb.de
CR	Computer und Recht Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Informatik und Automation. Vorläufer "Informatik und Recht" und "Datenverarbeitung im Recht"	8/2010	www.otto-schmidt.de

## 23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

r+s	recht und schaden Unabhängige monatliche Informationsschrift für Versicherungsrecht und Schadensersatz	8/2010	www.beck.de
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	34/2010	www.wertpapiermitteilung.com
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft	4/2010	www.rws-verlag.de

## 24. Asylrecht | Ausländerrecht

- Keine Einträge -

## 25. Europa | Europarecht

EStAL	European State Aid Law Quarterly	3/2010	www.lexxion.de
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht Betriebs-Berater für Europarecht	8/2010	www.ruw.de
JETL	Journal of European Tort Law	2/2010	www.degruyter.com

## 26. Internationales Recht

VN	Vereinte Nationen Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen	4/2010	<a href="http://www.nomos.de">www.nomos.de</a>
ZChinR	Zeitschrift für Chinesisches Recht - herausgegeben von der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V. i.V. mit dem Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaft	2/2010	<a href="http://www.dcvj.org">www.dcvj.org</a>
ZJapanR	Zeitschrift für Japanisches Recht - Journal of Japanese Law (hrsg. von der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung (DJJV) und dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht)	29/2010	<a href="http://www.heymanns.com">www.heymanns.com</a>

## 27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

KJ	Kritische Justiz	3/2010	<a href="http://www.nomos.de">www.nomos.de</a>
----	------------------	--------	--

## 28. Wirtschaftswissenschaften

BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis	4/2010	<a href="http://www.nwb.de">www.nwb.de</a>
BM	Betriebswirtschaftliche Mandantenbetreuung Unternehmensberatung, Vermögensberatung, Bilanzierung	8/2010	<a href="http://www.iww.de">www.iww.de</a>
M&A	Mergers and Acquisitions Beteiligungen - Allianzen - Restrukturierungen - Divestments	8,9/2010	<a href="http://www.vhb.de">www.vhb.de</a>
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt	8/2010	<a href="http://www.beck.de">www.beck.de</a>
WPK Magazin	Mitteilungen der Wirtschaftsprüferkammer	2/2010	<a href="http://www.wpk.de">www.wpk.de</a>

## 29. Sonstiges

- Keine Einträge -

## ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH - 35. Kalenderwoche

**Abkürzungen und Titel** sind mit LINKS versehen,  
die Sie direkt zu den Inhaltsverzeichnissen führen !

AfP	Archiv für Presserecht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	4/2010
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater Strategien für Steuerverfahren Betriebsprüfung Rechtsschutz Steuerstrafrecht	8/2010
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	17/2010
AuUR	Agrar- und Umweltrecht Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft, der Agrarmärkte und des ländlichen Raumes, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht ( 1971-2002 -> AgrarR )	8/2010
BauSV	Der Bausachverständige Zeitschrift für Bauschäden, Grundstückswert und gutachterliche Tätigkeit	4/2010
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	36/2010
BerlAnwBl	Berliner Anwaltsblatt - Mitteilungsblatt des Berliner Anwaltsverein e.V.	7,8/2010
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis	4/2010
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	44,45/2010
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	23/2010
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen	Bd. 183, 1/2010
BM	Betriebswirtschaftliche Mandantenbetreuung Unternehmensberatung, Vermögensberatung, Bilanzierung	8/2010
BRÄK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer - Mitteilungen Informationen zu Berufsrecht und Berufspolitik	4/2010
BRÄKMagazin	BRÄK-Magazin - hrsg. von der Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin	4/2010
BStBl I	Bundessteuerblatt Teil I Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder	13/2010
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	13/2010
CR	Computer und Recht Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Informatik und Automation. Vorläufer "Informatik und Recht" und "Datenverarbeitung im Recht"	8/2010
Das Parlament	Das Parlament	34,35/2010
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	34/2010
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	8/2010

DStR	Deutsches Steuerrecht Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft Organ der Bundessteuerberaterkammer	34/2010
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst Die Steuer-Rechtsprechung von EuGH, BVerfG, BFH (mit NV-Urteilen) und FG	16/2010
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	34/2010
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	16/2010
EStAL	European State Aid Law Quarterly	3/2010
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	16/2010
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht - Betriebs-Berater für Europarecht	8/2010
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst Arbeitsrechtliche Sofortinformation	17/2010
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrenrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	16/2010
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts LA PRATIQUE DU DROIT DE LA FAMILLE   LA PRASSI DEL DIRITTO DI FAMIGLIA	3/2010
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht mit Betreuungsrecht, Erbrecht, Verfahrensrecht, Öffentlichem Recht	16/2010
FMP	Forderungsmanagement professionell für Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen und Rechtsabteilungen	8/2010
FSt	Die Fundstelle Bayern - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	16/2010
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	16/2010
GesR	GesundheitsRecht Zeitschrift für Arztrecht, Krankenhausrecht, Apotheken- und Arzneimittelrecht	8/2010
GK	Die Gemeindekasse - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	8/2010
GK/Bay	Die Gemeindekasse (Ausgabe Bayern) - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	17/2010
GK/BW	Die Gemeindekasse (Ausgabe Baden-Württemberg) Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	8/2010
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	56/2010
GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil	8,9/2010
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	16/2010
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Finanzierung	16/2010
I&F	Immobilien & Finanzierung - Der Langfristige Kredit	16/2010
ImmWert	Der Immobilienbewerter - Informationsdienst für Sachverständige	4/2010
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	16/2010
JBf.	Juristische Blätter	8/2010
JETL	Journal of European Tort Law	2/2010
KJ	Kritische Justiz	3/2010

# ANHANG

KomVerw/B	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Brandenburg) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010
KomVerw/LSA	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen-Anhalt) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010
KomVerw/MV	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010
KomVerw/S	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010
KomVerw/T	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Thüringen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	8/2010
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen   Rheinland-Pfalz   Saarland	8/2010
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vereinigt mit Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht (VIZ))	8/2010
M&A	Mergers and Acquisitions - Beteiligungen - Allianzen - Restrukturierungen - Divestments	8,9/2010
MarkenR	Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Markenrecht	7,8/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	36/2010
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	15,16/2010
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	17/2010
NuR	Natur und Recht Zeitschrift für das gesamte Recht zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umwelt	8/2010
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	16/2010
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	15,16/2010
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	35/2010
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	33,34 /2010
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht - Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis	16/2010
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	8/2010
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	6/2010
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Strafsachen und über Ordnungswidrigkeiten - Lemke (Hrsg.)	8/2010
PERSONAL magazin	PERSONALmagazin - Management, Recht und Praxis	9/2010
PharmaR	Pharmarecht - Offizielles Organ des Deutschen Pharma Recht Tages	8/2010
r+s	recht und schaden Unabhängige monatliche Informationsschrift für Versicherungsrecht und Schadensersatz	8/2010
Rafa-Z	Zeitschrift für Rechtsanwaltsfachangestellte und Kanzleimitarbeiter	48/2010
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	16/2010
recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis	3,4/2010

SRA	SozialRecht aktuell Materialien zur Sozialberatung, hrsg. vom Caritasverband Diözese Münster Informationen zu Krankenversicherung : Pflegeversicherung : Sozialhilfe : Jugendhilfe : Rehabilitation : Arbeitsförderung : Grundsicherung für Arbeitslose	4/2010
SRTour	Steuer- und RechtsBrief Touristik Der aktuelle Informationsdienst für Touristik, Business Travel und Hotellerie	8/2010
StBW	Die Steuer-Berater-Woche - Gesetze - Urteile - Erlasse - Literatur - Überblick	16/2010
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	16/2010
StRR	StrafRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht	8/2010
StSem	Steuer-Seminar - Praktische Fälle des Steuerrecht	8/2010
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	16/2010
StuW	Steuer und Wirtschaft - Zeitschrift für die gesamten Steuerwissenschaften	3/2010
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	34/2010
UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung Zeitschrift für Ausbildung, Fortbildung und Verwaltungspraxis für die Bundeswehrverwaltung	8/2010
UStB	Der Umsatz-Steuerberater Der Informationsdienst für die umsatzsteuerliche Beratungspraxis	8/2010
UVP-report	UVP-report Informationen zu Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung	1,2/2010
Vergabe-Navigator	Vergabe-Navigator Öffentliche Aufträge rechtssicher vergeben - Fachinformationen für die Vergabestelle	Sonderausgabe 2010
Verw.	Die Verwaltung - Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft	Bd. 43, 3/2010
VN	Vereinte Nationen Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen	4/2010
VRR	VerkehrsRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Straßenverkehrsrecht	8/2010
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht	8/2010
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium - Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt	8/2010
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	34/2010
WPK Magazin	Mitteilungen der Wirtschaftsprüferkammer	2/2010
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft	4/2010
ZChinR	Zeitschrift für Chinesisches Recht herausgegeben von der Deutsch-Chinesischen Juristenvereinigung e.V. i.V. mit dem Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaft	2/2010
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge Erbrecht - Gesellschaftsrecht - Steuerrecht	8/2010
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen	8/2010

ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht	4/2010
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern Außenwirtschaft - Finanzpolitik - Marktordnung	8/2010
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht	Bd. 174, 4/2010
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	35/2010
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis	34/2010
ZJapanR	Zeitschrift für Japanisches Recht Journal of Japanese Law (hrsg. von der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung (DJJV) und dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht)	29/2010
ZKF	Zeitschrift für Kommunalfinanzen Haushalt - Kostenrechnung - Steuern - Gebühren - Beiträge - Entgelte - Kredite - Zahlungsverkehr - Vollstreckung	8/2010
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe - Rechtsanwendung in der Praxis Beratung - Mediation - gutachterliche Tätigkeit   interdisziplinär aktuell verständlich	8/2010
ZKM	Zeitschrift für Konflikt-Management - Mediation - Verhandeln - Vertragsgestaltung	4/2010
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft	Bd. 122, 2/2010
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes	8/2010
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft Archiv für Internationales Wirtschaftsrecht	2/2010